

18
70

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition Neue Straßburg 1/6, oder durch Postbestellung zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, dreimonatlich 1.50, einmonatlich 0.50. Durch die Post bezogen 2.50, frei im Haus 2.00, wo keine Post am Orte, 3.00.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Infanterie-Regiment Nr. 100, 1. Bataillon, 1. Kompanie, 1. Platoon, 1. Zug, 1. Kommando. Die Expeditionen sind durch die Expeditionen zu beziehen.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 63.

Breslau, Montag, den 16. März 1914.

25. Jahrgang.

Die rote Woche.

Noch liegen die ziffernmäßigen Ergebnisse der Agitation aus Stadt und Land noch nicht vor, doch lassen die bisher bekannten Einzelheiten auf einen überaus guten Erfolg der gestrigen Anstrengungen schließen. Wir teilen die Resultate in den nächsten Tagen mit.

Niemand braucht anzunehmen, daß mit der „Roten Woche“ auch die Gelegenheit zur Werbung neuer Kämpfer schließt.

Wer bisher etwas veräumt hat, der hole es nach!

Wer seine Pflicht getan zu haben glaubt, der tue noch ein übriges!

Wer Genossen hat, die lässig waren, der rege sie an, er erinnere sie an die Pflichten, die sie ihrer Klasse gegenüber haben!

Nütze die Zeit!

Prüfet euch, ob ihr eure Pflicht erfüllt habt!

Das schlesische Fideikommiß

als Urheber der Landflucht.

In einer an der Hand der neuesten Fideikommißstatistik unternommenen Untersuchung bespricht das Statistische Landesamt die bekannte Tatsache, daß der Großgrundbesitz und ganz besonders das Fideikommiß mit die Hauptursache an der Entvölkerung des platten Landes, an der Landflucht trage. Es werden die zwanzig schlesischen Kreise dargestellt, in denen durch Fideikommiß mehr als 20 Prozent der Kreisfläche gebunden sind. Und zwar werden neben den Fideikommiß-Gutsbezirken die übrigen (freien) Gutsbezirke aufgeführt.

In den zwanzig Kreisen betrug die Bevölkerung im Jahre 1890 in den Fideikommißgutsbezirken 53.645 Köpfe, in den übrigen Gutsbezirken 58.577. Zwanzig Jahre darauf, im Jahre 1910, hatte sich die Fideikommißbevölkerung um 1400, die übrige Gutsbezirksbevölkerung um 160 Seelen vermehrt, während bekanntlich die gesamte übrige Provinzbevölkerung in denselben beiden Jahrzehnten um diese Hunderttausende sich vergrößert hatte. Der Unterschied in der Vermehrung der beiden Bevölkerungsarten ist, wenn man den langen Zeitraum bedenkt, und wenn man noch sonstige statistische Einflüsse berücksichtigt, so gering, daß eine besondere Betonung des Unterschiedes unnötig erscheint. Das Fideikommiß wie das Rittergut, das geht aus den Zahlen ja schlagend hervor, sind die schlimmsten Gegner jeder gesunden Bevölkerungsentwicklung. Sie bedeuten für die Kreise, in denen sie stark hervortreten, nicht nur Stagnation, sondern Tod der Entwicklung. Das Statistische Landesamt geht aber noch weiter. Es weist darauf hin, daß selbst hinter die geringen Vermehrungsziffern noch ein großes Fragezeichen zu setzen ist. Sieht man nämlich genauer auf die Zusammensetzung der Bevölkerung hin, besonders darauf, ob sich das fehhafte einheimische Element vermehrt habe, so kommt man zu der Tatsache, daß in dieser Beziehung eine ganz auffällige Verschiebung zu Ungunsten der einheimischen, der nationalen Bevölkerung eingetreten ist. Das Auslanderelement spielt in einer ungeahnten Weise mit hinein. In den genannten zwanzig Jahren hat sich nämlich die Zahl der in den zwanzig Kreisen und ihren Gutsbezirken wohnenden Ausländer von 6399 auf 23.330 Köpfe vermehrt. Das ist ein Zuwachs von nicht weniger als 16.931 Köpfen, oder mehr als 15 Prozent der Gesamtbevölkerung. Da die Bevölkerungszunahme in den zwanzig Jahren nur 1408 Köpfe betragen hat, geht daraus also hervor, daß mehr als 15.000 Einheimische von der heimatischen Scholle dieser Fideikommiß- und Gutsbezirke durch das ausländische Element verdrängt worden sind — ein unerträglich beklagenswerter nationaler Verlust, der durch nichts wieder gut zu machen ist. In einzelnen Kreisen war diese Vermehrung der Ausländer eine ganz ungeheuerliche. Sie betrug beispielsweise im Kreise Waldenburg 282 Prozent, im Kreise Sabelshwerdt 105 Prozent, im Kreise Hirschberg 96 Prozent, im Kreise Rothenburg 41 Prozent. Leider bietet die vorhandene Statistik nicht die Möglichkeit, bezüglich der Ausländer die Fideikommißbezirke von den übrigen Gutsbezirken zu trennen, so daß eine Feststellung, auf wen der größere Teil der Schuld fällt, nicht möglich ist. Aber das bisher Dargelegte sagt ja genug. Es steht außer Frage, daß das Fideikommißgut wie das sogenannte „freie“ Rittergut die unheimliche und verhängnisvolle Tendenz hat, den eingeborenen Deutschen von seiner „heimatlichen“ Scholle zu verjagen und dafür Russen, Galizier und Ruthenen ins Land zu ziehen — ein Kolonisationserfolg, der zu den schwarzesten Blättern der Bevölkerungspolitik gehört.

Eine Kundgebung gegen die Gefängnisgruel.

Zu Freitag Abend war nach dem Blüthner-Saal in Berlin eine Versammlung einberufen, in der nach einer Anrede des fortschrittlichen Landtagsabgeordneten Pfarrer Traub der Schriftsteller Ulrich Kausch einen Vortrag über die Leiden der politischen Gefangenen in Rußland hielt. Diese Versammlung, in deren Präsidium die Reichstagsabgeordneten Dr. Pfeiffer vom Zentrum, Genosse Paul Göhre und Dr. E. Siehr, Graf Georg v. Arco und v. Lepper-Laski gewählt wurden, gestaltete sich zu einer wichtigen Kundgebung gegen die Schmach des russischen „Strafvolzuges“. Über 1200 Personen, Vertreter sämtlicher Bevölkerungsschichten, waren erschienen, um Einblick zu gewinnen in die Hölle der Leiden und Entbehrungen, in denen zehntausende Kriegsgefangene des russischen Vorkriegslandes schmachten.

Die Mitglieder der Versammlung, die dem vor kurzem gegründeten „Deutschen Hilfsverein für die politischen Gefangenen und Verbannten Rußlands“ nahesteht, gingen offenbar von der Voraussetzung aus, daß die Gleichgültigkeit der breiten Öffentlichkeit gegen die Opfer eines barbarischen Regierungssystems zu einem großen Teile hervorgerufen ist durch die Unkenntnis der Zustände, die in den Kertern und Verbannungsorten Rußlands herrschen. Deshalb handelte der Vortragende seine Anklage gegen den russischen Gefängniswärters auf die Wiedergabe der nackten Tatsachen aus, die das Los der gefangenen russischen Freiheitskämpfer illustrieren.

Er zeigte Lichtbilder nach photographischen Aufnahmen, die mit erschütternder Deutlichkeit das schändliche Wüten der russischen Soldateska besser als Worte zeigten. Da sah man

Freiheitskämpfer auf Menschen

und Massenfüttierungen, Leichenhaufen am Straßenrand. — Rußland! Schon die ersten Bilder bestätigten, daß der Ausdruck „russische Gruel“ keine demagogische Phrase ist, und daß die russische Kulturwende die ganze Kulturwelt zur Abwehr herausfordert!

Vom 1. Dezember 1905 bis 1. Februar 1906 gab es in den russischen Provinzen 18 Ge'ente, 621 Erschossene und 320 im Kampf Getötete. Von 1906 bis 1910 wurden 38 000 Personen wegen politischer Verbrechen verurteilt, darunter 5735 zum Tode, 874 Todesurteile wurden vollstreckt, die übrigen Verurteilten kamen in die Katorga (Zwangsarbeit) und nach Sibirien. Politische Gefangene wurden gezwungen, das Denkeramt an ihren Leidensgenossen zu üben, und gemeine Schwerkverbrecher, Raubmörder und dergleichen wurden von der Strafe befreit, wenn sie Denkerdienste verrichteten. Dabei werden die politischen Prozesse

hinter verschlossenen Türen

ohne alle Rechtsgarantien für die Angeklagten geführt, die wegen der wichtigsten Dinge, beispielsweise wegen sozialdemokratischer Gesinnung zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt werden. Die Wirklichkeit dieser Justiz zeigt sich darin, daß Rußland 1908 90 000 Gefangene hatte, während es heute 220 000 sind, darunter 40 000 politische „Verbrecher“.

Die ganze Barbarei des russischen Strafvolzuges zeigten photographische Aufnahmen aus der Schlüsselburg und anderen russischen Gefängnissen, die zur Aufnahme politischer Gefangener dienen. In vier Kilogramm schweren Ketten sind diese Vertreter der russischen Intelligenz gefesselt, oft zusammengeknebelt mit gemeinen Verbrechern. Der Direktor der Schlüsselburg sagt den Gefangenen zum Empfang: „Weniger als 30 Tage Karzer (eine enge feuchte Höhle) bekommt niemand!“

Dann folgen 100 Hutenschläge

und wenn Ihr des Lebens überkräftig seid, so habt Ihr eure Handtücher!“ Die Folgen dieser Gefängnisdisziplin zeigen sich darin, daß von den 68 Gefangenen der Schlüsselburg nur fünf die Strafe überlebt haben. 18 wurden im Gefängnis erschossen und gehenkt, 4 begingen Selbstmord, 3 erschossen sich nach ihrer Befreiung, 15 starben an Schwindsucht und 4 wurden wahnsinnig. Die russischen Gefängnisse sind gleichbedeutend mit der Strafe des langsamen Sterbens.

Nicht minder grauhaft wirkten die Bilder, die das Schicksal der nach Sibirien verbannten politischen Gefangenen zeigten. Schon bei dem Transport, der an den alten Sklavenverhand erinnert, gehen viele zugrunde. Ein Beispiel dafür ist der

Tod eines sozialdemokratischen Dumaabgeordneten.

Er mußte als kranker Mann zunächst auf einer Isolationsstation bei 20 Grad Kälte stundenlang mit seinen Leidensgenossen in der mangelhaften Strüflingskleidung stehen. Dann wurden 45 Personen über Nacht in eine enge Zelle gesperrt, so daß niemand sich rühren konnte und die Luft fast erstickte. Ohne jeden ärztlichen Beistand mußte der Abgeordnete so sein Leben beschließen. Im Gebiet des Polarreiches, in unwirtlichen, kaum bewohnbaren Orten Sibiriens, werden dann die Verbannten buchstäblich dem Hungertode preisgegeben, und mit raffinierter Grausamkeit hat ihnen neuerdings die Regierung sogar jede berufliche Tätigkeit verboten. Die Gefangenen haulen in elenden Hütten, die keinen Schutz gegen die fürchterliche Kälte bieten. Das einzige Recht der Verbannten ist

das Recht auf Selbstmord,

und davon wird reichlich Gebrauch gemacht. Auf einem Bild sah man die Leiche des durch Selbstmord geendeten Sozialdemokraten Dufowitsch, eine Anklage gegen die deutsche Regierung, die diesen Mann den russischen Schergen ausgeliefert hat.

Bilder aus der Katorga steigerten zum Schluß die Empörung der Versammlung gegen die russische Barbarei auf den höchsten Grad. Mit dröhnendem Schreien wurden dort die Gefangenen, Männer und Frauen, gefordert. In engen Reihen sind sie so zusammengedrängt, daß sie nicht atmen können.

wechselnd sich zum Schlafen nebeneinander legen können. Die photographische Platte gab mit brutaler Wahrhaftigkeit Bilder aus diesen Hölle wieder, die mehr als die Worte des Referenten bei den Versammelten die Empörung auslösten, daß im Namen der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit und der Kultur gegen diese russischen Gruel eingeschritten werden muß.

In einem Schlußwort forderte Frau Minna Cauer die Versammelten auf, den Hilfsverein für die politischen Gefangenen in Rußland tatkräftig zu unterstützen.

Wir freuen uns, daß wenigstens die besten Elemente des Bürgertums sich endlich aufraffen, um mit uns zugleich Protest zu erheben gegen ein Regime, das schon längst zu einem Schandfleck der Kultur geworden ist. Und wir vergleichen es mit Genugtuung, daß die Redner auf dieser Versammlung auch unsere eigene, preussisch-deutsche Mitschuld an diesen Zuständen gestellten. Sowohl der Abg. Traub, wie nach ihm in schärferer Form Herr Ulrich Kausch brachten die Schmach unseres „Fremdenrechts“ und der Auslieferung und Ausweisungspraxis zur Sprache, die dazu mitgeholfen, die Kerker und Verbannungsorte des Jaren mit neuen Opfern zu füllen. Der spontane Protest, der dabei aus der Versammlung erschallte, zeigt deutlich, daß die Bewegung gegen die russische und borusische Schmach auch in breiten Kreisen des deutschen Bürgertums einen dankbaren Boden findet. Der Appell an den Menschlichkeits Sinn und das Gewissen des deutschen Volkes wird nicht fruchtlos verlaufen.

Von der Polizei aus der Kirche getrieben.

Polnische Demonstrationen in der Berliner Paulus-Kirche.

Zu lauten Ausfrottierungen und Unruhen kam es am Sonntag Vormittag in der katholischen Paulus-Kirche zu Moabit. Hierüber wird dem Reichsamt für Telegraphen-Bureau folgendes berichtet:

Die Ursache der bedauerlichen Zwischenfälle ist darin zu suchen, daß die polnischen Kommunisten nicht am 26. März mit den Deutschen zur Kommunion gehen wollten, sondern das Verlangen stellten, schon am 15. Kommunionfest zu werden. Am Sonntag Morgen fanden sich in der Paulus-Kirche vierzig polnische Kinder mit ihren Eltern ein und wünschten Kommunion zu werden. Dieses Ansuchen lehnte der Pfarrer, Vater Jakobus, ab und forderte, nachdem die Polen polnische Lieder anstimmten, und der Aufforderung, diesen Gesang einzustellen, nicht nachkamen, die Kirchenbesucher auf, mit ihren Kindern die Kirche zu verlassen. Hiergegen protestierten die Polen und blieben auf ihren Plätzen sitzen. Hiernach bestieg Vater Amanus die Kanzel und verlangte energisch das Verlassen der Kirche, widrigenfalls er Polizei herbeiholen müßte. Die Polen brachen in lebhaften Protestrufen aus und verlangten nach wie vor von dem Vater die Kommunion ihrer Kinder. Inzwischen erschienen acht Kriminalbeamte, die von den Pfarrern herbeigerufen worden waren, und versuchten die Leute glücklich zum Verlassen der Kirche zu bewegen. Da ihnen dies nicht gelang und die Anzahl der Beamten zu schwach war, um mit Gewalt vorzugehen, wurden noch zwanzig uniformierte Schutzleute herbeigeholt, die in Gemeinschaft mit den Kriminalbeamten die Leute aus der Kirche hinausdrängten.

Anschließend handelt es sich um eine seit langem vorbereitete Demonstration, da die Polen Erweiterung ihrer kirchlichen Rechte, insbesondere häufigere Abhaltung des Gottesdienstes in polnischer Sprache verlangten. Die Polizei ging angeblich „äußerst schonend“ vor, und es gelang ihr, die in den Seitenstraßen sich ansammelnde Menge ohne Anwendung von Gewalt zu zerstreuen. Für den Nachmittag und die kommenden Feste sind von der Polizei Vorkehrungen getroffen, um etwaigen Unruhen vorzubeugen.

Andere, aufsehenerregende sehr aufgebaufschte Berichte sagen allerdings:

„Es erschienen einige Kommunisten mit ungefähre achtzig Beamten, die nunmehr zur Klärung der Kirche schritten. Diese gestaltete sich jedoch sehr schwierig. Die Frauen klammerten sich festend an Bänke und Reichstühle und mußten einzeln hinaus transportiert werden. Diese waren sich auf den Fußboden und mußten förmlich hinausgeschleppt werden. Die Männer leisteten tätlichen Widerstand. Nachdem der fürchterliche Lärm etwa eine Stunde gedauert hatte, gelang es endlich, die Kirche zu räumen.“

Ein Teil der Polen begab sich in eine benachbarte Kirche, wo die Demonstration fortgesetzt wurde. Eine große Menge polnischer Flugblätter wurde von der Polizei beschlagnahmt, ehe sie zur Verteilung gelangte. Mehrere Polen wurden nach der Polizeiwache gebracht. Dabei fielen zwei Polen, die Führer in polnischen Arbeitervereinen waren.“

Wären nun diese Angaben zureichend sein oder nicht, auf jeden Fall bleiben die von der Polizei aus der Kirche Hinausgetriebenen aber hinausgewiesenen Schullein ein sonderbares Bild. Daß die Polizei die Polen in die Straße hinaus zu werfen soll, wobei schon eher als Mord der Geistlichen verständlich — die Schuld aber in eine Hand geteilt

Charlottenburg. Der Verdacht, daß es sich bei der sogenannten...
Denkmalschändung in Charlottenburg um bestellte Arbeit gegen
die Sozialdemokratie handelte, gewinnt immer mehr an Wahr-
scheinlichkeit. Es ist schon sehr auffällig, daß die Polizei trotz
der 1000 M. Belohnung noch keine Spur von dem Täter hat.
Am Sonnabend berichtet nun aber das Teltower Kreis- (Mitte-
blatt):

Bei genauer Untersuchung der einzelnen Inschriften
wurde festgestellt, daß sie nicht mit Schablonen an-
gebracht, sondern aus freier Hand aufgetragen
wurden. Man rechnet deshalb mit mindestens vier Tätern.
Ist diese Meldung richtig, dann müssen sehr geschickte
Zeichner, die sich abendlich sicher vor Störung fühlten, am
Werke gewesen sein, denn die Schrift ist vierzehn Mal so
gleichmäßig angebracht, daß man erst bei genauer Untersuchung
sah, daß keine Schablone verwendet wurde. Arbeiter, die etwa
in ähnlicher Hast den Unfug ausgeübt, können danach pünktlich
in Frage kommen. Ob die Polizei den oder die Täter noch
findet?

Religion und Kriegsdienst. Vom Kriegsgericht der
35. Division wurde ein Advokat zu zwei Jahren Gefängnis ver-
urteilt. Der Advokat hatte sich am Grund seiner religiösen
Anschauung heftigst gegen den Kriegsdienst geäußert.
Weder von Vorposten, noch vom Weislichen ließ er sich von
seiner religiösen Meinung, die er auf die Bibel stützt, abbringen.
Das Gericht erklärt daher, daß eine strenge Strafe am Plage sei.
Der Mann dient seit 1912. Wenn er bei seiner Weigerung
bleibt, wird er wohl nicht mehr aus dem Gefängnis herauskommen.

Militär- und Zivilgewalt. Bei der Budgetberatung in der
zweiten kaiserlichen Kammer wurde vom Abg. Dr. Osann (Natl.)
und Dr. Fuchs (Soz.) auch die Frage des Waffengebrauchs
des Militärs bei Ausrückung der Ordnung an geschritten.
Nach den Darlegungen des Staatsministers Dr. v. Grawert ist
die Frage durch eine Verordnung vom 27. November 1872 für
das Großherzogtum Hessen in ähnlicher Weise geregelt wie in
Waden.

Danach darf die Militärbehörde erst einschreiten, wenn sie
von der Zivilbehörde darum angegangen wird; jedenfalls muß
sich das Militär zunächst an die Zivilbehörde
wenden. Für das Gebiet der Festung Mainz bestehen aller-
dings andere, für alle deutschen Bundesfestungen geltende Be-
stimmungen, die den Gouverneuren und Festungskommandanten
weitergehende Machtvollkommenheit zugesichert.

Das neue Strafrechtsgesetz. Eine Korrespondenz meldet: „Der
von der Strafrechtskommission aufgestellte zweite Vorentwurf
für ein neues Strafrechtsgesetz wird gegenwärtig in Reichsjustizamt
von einer Anzahl Referenten mit einer Begründung und er-
läuternden Vergleichen mit dem ersten Vorentwurf versehen.
Wenn diese Arbeit zum Abschluß gebracht sein wird, läßt sich
einstweilen noch nicht überblicken. Inzwischen ist auch bereits
mit der Aufstellung eines amtlichen Entwurfs für das Strafrecht
begonnen. Die Fertigstellung wird naturgemäß ge-
raume Zeit in Anspruch nehmen. Nach Begutachtung durch die
Bundesregierungen wird der Entwurf dem Bundesrat zugehen.
In den Reichstag gelangt er jedenfalls erst in der nächsten
Legislaturperiode.“

Zur Reichshofentscheidungsabteilung ist, wie das „Berliner Tage-
blatt“ berichtet, zwischen sämtlichen Parteien des Reichstages
in Antrag vereinbart worden. Die Zustimmung der Frak-
tionen ist unter der Verpflichtung erfolgt, daß keine Partei
weitergehende Anträge stellt. Ferner sind die Parteien darüber
einig, an ihren Anträgen festzuhalten, auch wenn die Reichs-
regierung bei ihrem Widerspruch gegen jede Erweiterung der Vor-
lage beharren sollte. Man will es in diesem Falle auf das
Schicksal der Vorlage ankommen lassen.

Ob nicht hier einige Fragezeichen angebracht sind?

Russland.

Das Echo aus Russland.

Wie zu erwarten war, hat das Kriegsgeschehen in der deut-
schen bürgerlichen Presse auch die russischen Klammern und
Kriegsheter auf den Plan gerufen. Nachdem der russische Mi-
nister des Aeußeren, Sazonow, noch am 11. d. Mts. die
durch die innere Lage diktierte friedliche Richtung der russischen
Politik unterstrichen hatte, traten die hohen militärischen Kreise,
die in Russland wie in allen anderen Staaten nur auf eine Ge-
legenheit zur Ausprägung der nationalpolitischen und chauvinisti-
schen Instinkte warten, schon am folgenden Tage in der Peters-
burger „Befreiung“ mit der Ankündigung hervor, Russland
denke zwar nicht an den Krieg, es sei aber, da die Kriegs-
fähigkeit der Armeen sich in den letzten Jahren gehoben habe,
bereit, von der besten Seite zur offensiven Stra-
tegie überzugehen! Zur Begründung heißt es in diesem Ar-
tikel, der den Eindruck einer Panzerei hervorzurufen, der russische
Offiziersstand sei bedeutend vermehrt, die Armeen sei um ein
Drittel gewachsen, die Artillerie sei weit vollkommener, als in
anderen Staaten Westeuropas, die Kavallerie und ihr Material-
dienst seien die ersten der Welt usw. usw. Das Brautische
dieser Behauptungen ist zu augenfällig, als daß man auf sie
näher einzugehen braucht. Inzwischen ist es recht bezeichnend, daß
die Lobeshymnen, die die russischen militärischen Kreise seit
selber spenden, nur in plumper Weise die Gebangänge wieder-
holen, die dem bekannten Altkarrikaturisten in der „Edinnyj Sig“,
der die Pressefreiheit in Deutschland eröffnete, zugrunde ge-
legt wurden. „Preußen“ — hieß es in diesem Artikel — „hat
in sechs Jahren von Jena erholt, warum soll man Rus-
land in zwölf Jahren nicht die gleichen Erfolge zubilligen? Die
russische Armee hat tüchtig gearbeitet, um die Karte von 1904 auszuweihen.“ Wenn
nun also die deutschen Kriegstreiber und Kriegsheter den
Vorstoß der russischen militärischen Kreise, den sich übrigens von
selbst künftigen, zu weiteren Treiben betonen sollten, so
würde das zwar den alten Satz von dem Zusammenarbeiten der
Kriegsheter und Kriegsinteressen in allen modernen Staaten
bestätigen, im übrigen aber der Konsequenz der journalistischen
Vertreter der oben gekennzeichneten Kreise kein besonders glän-
zendes Zeugnis ausstellen.

Was uns insofern, als Nachspiel zu den demnächst in
der russischen Duma zu erwartenden Debatten über Gewerkschaften
und Arbeitervereine, von den Neuerungen der russischen Presse
zu Gesicht gekommen ist, bestätigt vollkommen unsere Anschauung
über das harmonische Zusammenarbeiten der Kriegstreiber in
Deutschland und Russland. Ebenso wie in Deutschland geht die
liberale Presse auch in Russland Hand in Hand mit den real-
konkreten Gehirnen und entwirrt stolz das Banner des „Natio-
nismus“ und der Völkerverehrung. Eine treffliche Kennzeichnung
dieser Treiben, die nur auf den Gewinn und das Blut des
Volkes spekulieren, gibt Genosse A. Marzio in der „Nord-
deutschen Arbeiterzeitung“ in Petersburg: „Von den Bekann-
ten reaktionären und liberalen Zeitungshebern dürfte es keinem
Wort ringsum noch einem „Natio-nismus“ der Kaiser. Solange
die Regierung und der kapitalistischen Gruppen, gegen die diese
Zeit den unerträglichsten Widerstand leisten, als rufen sie ihnen
den Schicksal des Vaterlandes, als bestimmen sie die
Richtung der äußeren Politik.“ Ueber den eigentlichen Hinter-
grund der deutsch-russischen Kriegsheter schreibt derselbe Genosse:
„Diesseits und jenseits der Grenze werden neue Rüstun-
gen vorbereitet, neue Erziehungsgänge geplant, neue
Steuerentwürfe ausgearbeitet; es ist deshalb klar, daß man
hier nicht die Öffentlichkeit heranziehen und be-
stätigen muß, um ihr die Wahrheit zu verheimlichen, daß der
Nachbar nicht schläft, sondern sich mit dem nächsten Plane
trägt, in die Grenzen einzudringen und das Vaterland zu ver-
schwächen. Ferner kommt noch hinzu, daß nach drei Jahren der
deutsch-russische Handelsvertrag abläuft und

daß die deutschen Kapitalisten und Agrarier, wie sie russischen
Grundbesitzern und Fabrikanten — jede in ihrem Lande — sich
schon jetzt bemühen, die nationalpolitischen Leidenschaften der drei-
ten Klasse auszunutzen, um sich gegenseitig im Augenblick des
Wachstums des Handelsvertrags mit dem Kriege bedrohen zu
können und vorteilhafte Zolltarife zu erzielen.“

Was neue Spionageaffäre in Oesterreich. Eine Spionage-
affäre, die selbst in den an Spionagefällen so reichen Oesterreich
das größte Aufsehen zu erregen beginnt, wird aus Lemberg com-
meiert. Dort hat es die größte Sensation hervorgerufen, daß
von Paris aus gegen den Beamten des kaiserlichen Landwirt-
schaftlichen Vereins und Privatsekretär des Herrenhausmitgliedes
Geheimrat Grafen Tarnowski, Dr. Stanislaus Ritter
von Falla 811, Anzeige erstattet wurde, ungunsten Russlands
Spionagetriebe zu haben. Dr. v. Falla ist vorläufig noch
auf freiem Fuß belassen worden, da die sofort eingeleitete polizei-
liche Untersuchung gegen ihn noch nicht abgeschlossen ist. Er
wird jedoch polizeilich überwacht, um einen Fluchtversuch zu
verhindern.

Die bulgarischen Führer des zweiten Balkankrieges vor
Gericht. Am Sonnabend begannen in Sofia wieder die Ver-
handlungen des Staatsgerichtshofes, der eigens eingesetzt worden
ist, um die der Untreue beschuldigten Führer im zweiten
Balkankrieg abzuurteilen. General Sazonow hat darum er-
sucht, den Verhandlungen nicht beizuwohnen zu brauchen. Er
gründete diesen Antrag damit, daß er in seiner letzten Rede sen-
sationelle Enthüllungen über neue Untretungen während
des zweiten Balkankrieges gemacht habe. Darni sagte der General
hingu: „Meine Gesundheit hat sich durch diese 14 Monate lang
währenden Kampagne außerordentlich verschlechtert. Ich brauche
jezt Ruhe; das heißt aber nicht, daß ich mich dem gegen mich
schwebenden Prozeß entziehen will. Ich stehe niemals die Ver-
antwortung. Das habe ich während des letzten Friedens vor
Genüge bewiesen, wo ich mich zweimal weigerte, die Befehle des
Oberkommandos auszuführen und dadurch die Hauptlast vor
dem Feinde trug.“ Diese Ausführungen riefen großes Aufsehen
hervor. Nach der Rede Sazonows beantragte der frühere Minister-
präsident Genabiev, das Verfahren überhaupt niederzuschlagen.
Er legte dar, daß nach Artikel 157 der bulgarischen Verfassung
eine Klageerhebung gegen frühere Minister nur mit einer Zwei-
drittel-Majorität der bei der Abstimmung anwesenden Abgeor-
deten beschloffen werden dürfe. Aus keinem der Sobranjes-
präsidien sehe jedoch hervor, daß diese Forderung des Gesetzes
berücksichtigt worden ist. Das Gericht wird am Donnerstag seine
Entscheidung über die beiden Anträge verkünden.

Mittelaltliche Verführerinnen von Aften aus dem Kultusmini-
sterium. Große Aufregung rief in Budapest der Umstand hervor,
daß aus dem Kultusministerium sechs Aften von größter Wich-
tigkeit spurlos verschwunden sind. Man vermutet, daß sie ge-
klohen sind, um veröffentlichen zu werden. Die Polizei hat sofort
energische Nachforschungen eingeleitet. Sie behauptet, daß sich
ein Teil der Aften in Aften befinden sollen.

Wichtige Konferenzen in Petersburg. Eine geheime
Sitzung hat am Sonnabend im Taurischen Palais im Kabinett
des Dumapräsidenten Rodzanko stattgefunden, wobei mit Geneh-
migung des Aften eine Regierungserklärung über
die äußere Politik und die Landesverteidigung abgegeben
wurde. Ministerpräsident Goremynin, der Minister des Aeußeren
Sazonow, der Kriegsminister General Suchomlinow und der
Finanzminister Warz wohnen der Sitzung bei, zu der 66 Duma-
abgeordnete geladen waren. Ministerpräsident Goremynin wandte
sich in einer Rede allgemeinen Charakters an die Deputierten und
hob hervor, wie er sich das Zusammenwirken der Regierung mit
der Volksvertretung vorstelle. Darni sprach der Minister
des Aeußeren Sazonow und der Kriegsminister Suchomlinow zur
äußeren Politik und zur Landesverteidigung;
sie wiesen dabei auf die großen Bewilligungen hin, die die Rege-
rung augenblicklich von der Duma verlangt. Die Landes-
verteidigung soll bis zur höchsten Vollendung durchgeführt werden,
sie soll aber nur den Interessen des Friedens dienen. Der Er-
klärung wird infolge der in ihr berührten Fragen große Bedeu-
tung beigelegt.

Was in Russland Raubgefährlich ist. Aus Charkow wird
gemeldet, daß dort die Zeitung „Utro“ einen Protest der Behörden
herausgerufen hat, weil sie den Abonnenten unter roten Streif-
bändern zugestellt wird. Man erklärt die rote Farbe für eine
revolutionäre Propaganda. Der Direktor der „Gemeindebau“
hat eine Klage gegen die mit rotem Kreuzband versehene Zeitung
in Aussicht gestellt.

Die Unterzeichnung des türkisch-serbischen Friedensvertrages.
Der türkisch-serbische Friedensvertrag ist am Sonnabend Nach-
mittag von den beiderseitigen Delegierten unterzeichnet worden.
Die serbische Gesandtschaft hat die Flagge gehißt. Die diplo-
matischen Beziehungen zwischen beiden Ländern sind damit
wieder aufgenommen.

Die angeklagten deutschen Spione in Paris. Die Unter-
suchung gegen die drei Deutschen Adolf und Berthold
Neuländer und Louis Nord, die unter dem Verdacht
verhaftet worden waren, Propaganda-Material gegen die Fremden-
legation geschmuggelt zu haben und denen man sogar Spionage-
absichten vorgeworfen hatte, hat ergeben, daß diese Beschul-
digungen jeder Grundlage entbehren. Die drei
Deutschen sollen aber wegen Bettelns verfolgt werden.

Suffragettenangriff auf ein Ministerpalais. In früher
Morgenstunden luden am Sonnabend sechs Suffragetten vor
dem Palais des Ministers des Innern, Mac Kenna und
seiner Kollegen 18 Fensterkerzen. Sie wurden ver-
haftet. Der Minister ist augenblicklich auf dem Lande abwesend.
Die gewalttätigen Frauen sind bereits abgeurteilt worden; sie
erhielten vom Westminster Volksgericht je zwei Monate Ge-
fängnis mit Zwangsarbeit publiziert.

Parteiangelegenheiten.

Im Monat Februar gingen bei dem Unterzeichneten
folgende Parteibeiträge ein:
1. Dennis-Argentinien 5.—; 2. Bels, Gaeleler 11.50, 3.05;
3. Westschlachten 20.—; 4. Bez. Oberheim f. Winnenmacher
180.70; 5. Dresden-Land III. Qu. 4800.—; 6. B. Falkenberg O.-S.
2.—; 7. Bez. Halle I. II. u. III. Qu. 3608.26; 8. Bez. Jütland
II. Qu. 288.26; 9. Bez. Niederheim III. Qu. 918.94; 10.
Dresden a. conto III. Qu. 1476.64; 11. Bez. Württemberg I. II. u.
III. Qu. 666.88; 12. Bez. Polen III. Qu. Kolmar-Gebiete 29.37;
13. Wirtsh-Schubert 7.50; 14. Bromberg 37.88; 15. Sagensala 4.14; 16. Polen
17.88; 17. Samter-Obornit 4.44; 18. Wierlich-Gomst 2.66; 19. Wirtsh-
Gomst 4.02; 20. Wirtsh-Schubert 2.26; 21. Krotzsch 0.72; 22. Wirtsh-
Gomst 0.90; 23. Bez. Württemberg III. Qu. (Wirtsh-Ost) 18.76;
24. Wirtsh-Gomst 187.80; 25. Wirtsh-Gomst 408.80; 26. Wirtsh-
Gomst 20.34; 27. Wirtsh-Gomst 1578; 28. Wirtsh-Gomst 19.17; 29. Wirtsh-
Gomst 48.98; 30. Wirtsh-Gomst 2.84; 31. Wirtsh-Gomst 81.84;
32. Wirtsh-Gomst 2.24; 33. Wirtsh-Gomst 2.24; 34. Wirtsh-Gomst 2.24;
35. Wirtsh-Gomst 2.24; 36. Wirtsh-Gomst 2.24; 37. Wirtsh-Gomst 2.24;
38. Wirtsh-Gomst 2.24; 39. Wirtsh-Gomst 2.24; 40. Wirtsh-Gomst 2.24;
41. Wirtsh-Gomst 2.24; 42. Wirtsh-Gomst 2.24; 43. Wirtsh-Gomst 2.24;
44. Wirtsh-Gomst 2.24; 45. Wirtsh-Gomst 2.24; 46. Wirtsh-Gomst 2.24;
47. Wirtsh-Gomst 2.24; 48. Wirtsh-Gomst 2.24; 49. Wirtsh-Gomst 2.24;
50. Wirtsh-Gomst 2.24; 51. Wirtsh-Gomst 2.24; 52. Wirtsh-Gomst 2.24;
53. Wirtsh-Gomst 2.24; 54. Wirtsh-Gomst 2.24; 55. Wirtsh-Gomst 2.24;
56. Wirtsh-Gomst 2.24; 57. Wirtsh-Gomst 2.24; 58. Wirtsh-Gomst 2.24;
59. Wirtsh-Gomst 2.24; 60. Wirtsh-Gomst 2.24; 61. Wirtsh-Gomst 2.24;
62. Wirtsh-Gomst 2.24; 63. Wirtsh-Gomst 2.24; 64. Wirtsh-Gomst 2.24;
65. Wirtsh-Gomst 2.24; 66. Wirtsh-Gomst 2.24; 67. Wirtsh-Gomst 2.24;
68. Wirtsh-Gomst 2.24; 69. Wirtsh-Gomst 2.24; 70. Wirtsh-Gomst 2.24;
71. Wirtsh-Gomst 2.24; 72. Wirtsh-Gomst 2.24; 73. Wirtsh-Gomst 2.24;
74. Wirtsh-Gomst 2.24; 75. Wirtsh-Gomst 2.24; 76. Wirtsh-Gomst 2.24;
77. Wirtsh-Gomst 2.24; 78. Wirtsh-Gomst 2.24; 79. Wirtsh-Gomst 2.24;
80. Wirtsh-Gomst 2.24; 81. Wirtsh-Gomst 2.24; 82. Wirtsh-Gomst 2.24;
83. Wirtsh-Gomst 2.24; 84. Wirtsh-Gomst 2.24; 85. Wirtsh-Gomst 2.24;
86. Wirtsh-Gomst 2.24; 87. Wirtsh-Gomst 2.24; 88. Wirtsh-Gomst 2.24;
89. Wirtsh-Gomst 2.24; 90. Wirtsh-Gomst 2.24; 91. Wirtsh-Gomst 2.24;
92. Wirtsh-Gomst 2.24; 93. Wirtsh-Gomst 2.24; 94. Wirtsh-Gomst 2.24;
95. Wirtsh-Gomst 2.24; 96. Wirtsh-Gomst 2.24; 97. Wirtsh-Gomst 2.24;
98. Wirtsh-Gomst 2.24; 99. Wirtsh-Gomst 2.24; 100. Wirtsh-Gomst 2.24;

III. Qu. 1771.80; Nürnberg, Meles Schloß 100.—; 15. Wirtsh-
Gomst 8. f. f. f. III. Qu. 1181.26; 16. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 17. Wirtsh-
Gomst 50.—; 18. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 19. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
20. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 21. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
22. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 23. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
24. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 25. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
26. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 27. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
28. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 29. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
30. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 31. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
32. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 33. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
34. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 35. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
36. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 37. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
38. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 39. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
40. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 41. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
42. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 43. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
44. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 45. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
46. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 47. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
48. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 49. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
50. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 51. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
52. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 53. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
54. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 55. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
56. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 57. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
58. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 59. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
60. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 61. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
62. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 63. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
64. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 65. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
66. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 67. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
68. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 69. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
70. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 71. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
72. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 73. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
74. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 75. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
76. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 77. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
78. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 79. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
80. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 81. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
82. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 83. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
84. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 85. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
86. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 87. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
88. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 89. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
90. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 91. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
92. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 93. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
94. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 95. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
96. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 97. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
98. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88; 99. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;
100. Wirtsh-Gomst 111. Qu. 3885.88;

Verlin, den 7. März 1914.
Für den Parteivorstand:
Otto Braun, Lindenstraße 3.

Erfolge der roten Woche.

Nach dem bis Freitag abend vorliegenden Zellergebnis
brachte die Agitation der roten Woche in den drei Dres-
dener Wahlkreisen 888 neue Parteimitglieder und 120
Abonnenten, obwohl in Dresden schon vor der roten Woche eine
erfolgreiche Agitation im ganzen Stadtgebiet stattgefunden
hatte.

In Hannover lagen bis Sonnabend früh bereits 604
Neumeldungen für den Wahlverein und mehrere hundert neue
Abonnenten für das Parteiblatt vor. Am Freitag fanden noch
zwei glänzende besuchte Versammlungen statt, in welchen die Ge-
nossen Ströbel-Berlin und König-Hagen sprachen. Genosse
Leinert referierte am Mittwoch in einer gutbesuchten Versamm-
lung der Jugendlichen im Alter von 18—21 Jahren. Am glei-
chen Tage wurde der „Volkswille“ in 100 000 Exemplaren ver-
breitet. Die Gegner, insbesondere das Zentrum, der evangelische
Arbeiterverein und die Gelben, die erst gespödielt hatten, bekem-
men es jetzt mit der Angst zu tun und veranstalten eine intensive
Gegenagitation. Die Schwarzen verbreiteten ein Flugblatt
mit ungläublichen Schimpfereien und gemeinlichen Verleumdungen.
Sogar eine Frauengruppe hat die „nationale Arbeiterchaft“ ge-
gründet.

Das Kino als Bildungsmittel für die Arbeiter. Der Ar-
beiterbildungsausschuß zu Dortmund hat im dortigen Gewerks-
chaftshaus einen Kinematographen eingerichtet, der am 17. März
seiner Bestimmung übergeben wird. Es handelt sich um eine
ständige Einrichtung des Bildungsausschusses, die allein für die
Arbeiterchaft gegründet ist. Die privaten Kinos dienen durch-
weg der Sensationshalberei und eher der Verrohung als der
Bildung, weil sonst die kapitalistische Spekulation ja nicht auf
ihre Kosten kommen würde. Der Bildungsausschuß zu Dort-
mund hat sich zum Ideal gesetzt, die besten Darstellungen aus
dem Leben, aus Kunst und Wissenschaft in guten lebenden Bil-
dern vorzuführen. Das Wissen der Arbeiterchaft soll vertieft,
die Unterhaltung veredelt werden. Das Unternehmen ist natür-
lich nicht auf Gewinn berechnet. Obwohl in diesem Falle laut
Steuerordnung Befreiung von der von der Stadt Dortmund
eingeführten Wirtshsteuer erfolgen müßte, hat der Magistrat die
Erhebung einer Steuer von 10 Pfg. pro Karte beschlossen. Er
setzt die „liberale“ Einvernahme aller Bildungsbefreiungen
der Arbeiterchaft die größten Schwierigkeiten entgegen.

Eine Anklage wegen Offiziersbeleidigung. Die Genossin
Bertha Selinger hielt im November v. J. in Dresden eine Reihe
von Versammlungen ab, welche jetzt zu einem gerichtlichen Nach-
spiel führen sollen. Auf Grund des Berichtes zweier Kriminal-
gelehrten ist gegen die Genossin Anklage erhoben worden, weil
sie die preussischen und sächsischen Offiziere beleidigt haben soll.
Die Genossin Selinger legte in den Versammlungen die Schäden
des Militarismus dar und besprach die bekannte Tatsache, daß
gerade die Junker mit Vorliebe ihre Söhne dem Militär unter-
bringen und infolgedessen den Hauptvorteil von der Vermehrung
des Heeres haben. In diesem Zusammenhange soll dann eine
für die Offiziere der preussischen und der sächsischen Armee be-
leidigende Äußerung gefallen sein, wegen der sowohl der
sächsische wie der preussische Kriegsminister Strafantrag gestellt
haben.

Der Prozeß, in welchem Genosse Dr. Kurt Rosenfeld-Berlin
die Verteidigung führen wird, findet am 18. März vor dem
Schöffengericht in Dresden statt.

Militarismus, Krieg und Arbeiterklasse. Unter diesem
Titel ist der ausführliche Bericht über die Verhandlung gegen
Genossin Luxemburg vom 20. Februar er. vor dem Frankfurter
Gericht bei der Buchhandlung „Volksstimme“ in Frankfurt er-
schienen.

Die Prozeß, der zu der Verurteilung der Genossin
Dr. Rosa Luxemburg zu einem Jahre Gefängnis führte, ist wohl
eine der markantesten „Rechtssprechungen“ der letzten Jahre.
Man wird noch in späteren Jahren nach diesem Prozeßbericht
greifen, der so recht die großen Gegensätze zwischen der herrschen-
den und der kommenden Partei zeichnet.

Alle Parteibuchhandlungen, Kolportage und Zeitungs-
boten liefern diese Broschüre. Preis 10 Pfg.

Frauenbewegung.

Welches Recht für die Frauen. So heißt sich eine in
diesen Tagen im Verlage der Fränkischen Verlagsanstalt und
Buchdruckerei in Nürnberg erscheinende Agitationschrift, die zu
unserem Frauentage gerade recht kommt, die aber über diesen
hinaus bleibenden Wert behalten wird. Das lehrt schon der
Inhalt dieser Schrift, in der die Genossin Adelheid Popp
über Frauenbewegung und Klassenkampf die Genossin Emma
Freundlich über die Frau und die Genossenschaften und Ge-
nosse Dr. Restorff über die Frau als Gutin und Mutter
schreibt. Von dem Herausgeber des Schriftchens, Genossen
Adolf Braun, stammen Beiträge über alles Frauenrecht
und künstliches Frauenrecht und über die Frau im Erwerbs-
leben und über die Arbeiterin und die Gewerkschaften.
So sind die für die Agitation wichtigsten Arbeiter-
innenfragen in dem gut ausgestatteten 31 Seiten starken Schrift-
chen behandelt.

Von unseren Parteibuchhandlungen und Kolportieren kann
diese Broschüre zu dem Preise von 20 Pfg. bezogen werden.

Am das Frauenwahlrecht in Holland. Anlässlich des von
der Regierung mitgeteilten Vorhabens, das allgemeine Männer-
wahlrecht zu eröffnen, allerdings unter der Bedingung, daß eine
eventuelle Beschränkung des Frauenwahlrechts nicht nach dem
Wahlstabe des Weibes erfolgen dürfe, hatte der bürgerliche Ver-
ein für Frauenwahlrecht in Amsterdam eine Demonstration für
die Gleichstellung der Geschlechter in der Verfassung veranstaltet.
Während sich früher der Verein immer ziemlich feindselig gegen
das allgemeine Wahlrecht verhielt, hat er jetzt die Konsequenzen
aus der bevorstehenden Einführung des allgemeinen Männer-
wahlrechts gezogen und antwortet auch für das allgemeine
Frauenwahlrecht. Unter diesen Umständen konnte unsere
Partei auch ihre frühere ablehnende Stellung gegen diesen teil-
weise Verein ändern und nahm an der Demonstration teil.
Zum ersten Mal sah Amsterdam eine nur aus Frauen bestehende
Straßendemonstration. Mit ihren 1500 Teilnehmerinnen machte
sie einen starken Eindruck. In dem nachfolgenden Massen-
meeting, an dem auch unsere Genossin in großer Zahl teil-
nahmen, sprach im Namen unserer Partei Genosse W. J. van
unter starkem Beifall.

Refer! Gehört bei Euren Sitzungen unsere In-
teressen und die Interessen des Gesamt-
Volkes. Vereint auf.

Heute Abend vier Volksversammlungen

Gewerkschaftshaus, Kronprinz, Wilhelmsburg, Ballhof.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 16. März

An unsere Mitglieder!

Alle Mitglieder, besonders die Distrikts- und Bezirksführer, werden dringend ersucht, die Resultate der Agitation der „Roten Woche“ baldmöglichst an das

Partei-Sekretariat, Margaretenstraße Nr. 17, Zimmer 36/37,

eingusenden.

In jeder der vier öffentlichen Versammlungen, die Montag tags, wird ein Mitglied des Vorstandes anwesend sein, das Neuaufnahmen für die Partei, sowie „Volksmacht“-Bestellungen in Empfang nimmt.

Mit Parteigruß

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Breslau.

Neue Verhandlungen im Ärztekreise.

Seit Freitag voriger Woche werden neue Verhandlungen im Ärztekreise geführt. Unter Vorsitz der verschiedenen Zentralvorstände — Frähdorf für die Orts-, Seydewitz für die Betriebskrankenkassen und Behrens für den christlichen Verband — wurden zunächst Vorverhandlungen der Klassen geführt, an die sich am Sonnabend unverbindliche Aussprachen mit den Ärzten unter Vorsitz des Oberregierungsrat Dr. Wagner vom Oberversicherungsamt schlossen.

Während man sich so in Breslau um eine Einigung bemüht, ist im benachbarten Schweidnitzer Kreise ein neuer Ärztekonflikt ausgebrochen, bei dem eine staatliche Behörde und zwar die Eisenbahndirektion Breslau beteiligt ist. Die seit einigen Jahren in Schweidnitz bestehende freie Arztwahl für die Eisenbahn-Betriebs-Krankenkasse soll nach dem „Ärztlichen Vereinsblatt“ von der Direktion aufgehoben werden, und da sich die Ärzte dem widersetzen, werden von der königlichen Eisenbahndirektion sogenannte „Rothkeller“, also „streikbrechende“ Ärzte für Schweidnitz zu engagieren gesucht.

Es soll von den Ärzten eine absolute Behandlungsverweigerung an einzelnen Orten, zum Beispiel in Saarau, durchgeführt oder beschlossen sein, sodas zu einem dort erkrankten Familienmitglied eines Eisenbahnbeamten, dessen Behandlung die dortigen Ärzte stritte verweigerten, von der Direktion ein Arzt aus Breslau herbeigeordert wurde. Auch hat die Eisenbahndirektion dem Zahnarzt in Königszell gekündigt, weil er sich weigerte, die ärztliche Versorgung der Klassenmitglieder in Saarau zu übernehmen.

Eine staatliche Behörde tut also in Saarau, Königszell, Schweidnitz und Breslau genau dasselbe und mehr als alles, was den Breslauer Ortskrankenkassen als roter Terrorismus vorgeworfen wird, und während die Regierung in Breslau Konfiskate bezulegen bemüht ist, rufen ihre eigenen Organe solche aufs neue hervor.

Ob daraus die Breslauer Klassenvorstände irgendwelche Konsequenzen ziehen, wissen wir nicht; eines aber tritt auffällig hervor: Diese Vorgänge werden in der Breslauer Presse total totgeschwiegen! Die „Schlesische Zeitung“ hätte doch hier die

schönste Gelegenheit, mit tiefer sittlicher Entrüstung darauf hinzuweisen, wie schmählich die Ärzte von einem Klassenvorstande, der freilich hier durch die königliche Eisenbahndirektion repräsentiert wird, behandelt werden. Sie könnte im Verein mit ihrer Konkurrentin um die Ärztekundenschaft, der „Breslauer Zeitung“, die Regierung energisch auffordern, einer solchen „sozialdemokratischen Miswirtschaft“ z. B. ein sofortiges Ende zu bereiten.

Warum schweigen die Herrschaften gegenüber der Eisenbahndirektion, die gegen sozialdemokratische Klassenvorstände so kühne Worte zu finden wissen? Mehr Mut, Ihr Schreiberknecht!

Wahl der Wähler des Versicherungsamts Breslau.

Wenn die Wahlen der Klassen-Ausschüsse und Vorstände vorbei sind, müssen die Wähler für die Versicherungsämter in ganz Deutschland gewählt werden. Diese Versicherungsämter haben die Aufgaben der früheren unteren Verwaltungsbehörden übernommen und sind nach den Vorschriften der Reichs-Versicherungsordnung weiter ausgestaltet worden. Sie sollen Hauptstellen für die soziale Versicherung sein, Renten-ausschüsse annehmen, Klagen gegen Krankenkassen, Einsprüche gegen Bescheide der Berufsgenossenschaften, Auskünfte erteilen usw.

In Breslau ist das Versicherungsamt Herrenstraße 28 untergebracht. Es besteht aus einem städtischen Beamten als Vorsitzenden und Wählern der Arbeiter, Arbeiter und Versicherten. Diese Wähler müssen nun von den Vorstandsmitgliedern der hiesigen Krankenkassen gewählt werden. Laut einer Bekanntmachung des Handelsministers sollen die neuen Wähler im Amt in diesem Jahre am 1. Juli antreten weshalb der Magistrat jetzt daran geht, diese Wahlen voranzutreiben. Im „Breslauer Gemeindeflatt“ macht er darüber unter anderem folgendes bekannt:

Die Wahl der Versicherungsämter als Wähler des Versicherungsamts der Stadt Breslau findet im Mai oder Juni 1914 statt. Ort, Tag und Stunde der Wahl werden den Wahlberechtigten nach Nr. 6 der Wahlordnung schriftlich mitgeteilt werden.

Wahlberechtigt sind nach § 12 der Reichs-Versicherungsordnung und Nr. 2 der Wahlordnung die Vorstandsmitglieder der Orts-, Landes-, Betriebs- und Innungskrankenkassen, die in Bezirke des Versicherungsamts der Stadt Breslau, das heißt im Stadtkreise Breslau mindestens 50 Mitglieder haben.

An der Wahl nehmen ferner teil die Vorstandsmitglieder der

- 1. Inappschastlichen Krankenkassen,
2. Ortskassen,
3. Zernannschaften und anderen vortrefflich genehmigten Vereinigungen von Arbeitern zur Wahrung ihrer Rechte,
sowie die in Bezirke des Versicherungsamts der Stadt Breslau mindestens 50 Mitglieder haben; die Ortskassen und die außerhalb des Bezirkes des Versicherungsamts bestehenden Klassen außerdem nur, wenn sie ihre Zustimmung an der Wahl dem Wahlleiter, rechtzeitig anmelden und die Zahl ihrer Mitglieder in diesem Bezirke nachweisen.

* Handwerkskammer-Beiträge. Die Breslauer Handwerkskammer macht bekannt, das von den Gemeinden des Bezirkes wie im Vorjahre ein Beitrag von 30 Prozent der von den Handwerksbetrieiben zu zahlenden Gewerbesteuer erhoben wird, wobei die keine Gewerbesteuer zahlenden Handwerksbetrieibe mit einem fingierten Satz von 3 M. eingezahlt sind. In Breslau werden diese 20 Prozent nicht erhoben; hier wird ein Teil der Warenhaussteuer zur Deckung der Handwerkskammer-Beiträge verwendet so das die Handwerker gar nichts zahlen brauchen.

* Der Breslauer Maschinenmarkt, der viele Jahre auf dem Platze vor dem königlichen Schlosse abgehalten wurde, wird in diesem Jahre (14. bis 16. Mai) in die Scheitniger Ausstellungshalle und auf das anstoßende Gelände verlegt. Außer allen landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten werden in diesem Jahre auch alle Gebrauchsartikel für landwirtschaftliche, häusliche und gewerbliche Zwecke, ferner Automobile zur Ausstellung zugelassen.

Dichter-Abend für Karl Hendell.

Am Sonntag, den 20. März, veranstaltet der Bildungs-Verein im großen Saale des Gewerkschaftshauses einen Dichter-Abend, der dem bekannten Poeten Karl Hendell gewidmet ist, welcher kürzlich seinen 50. Geburtstag beging. Der Abend dürfte eine besondere Anziehungskraft ausüben, da die Festrede und die Rezitationen von dem beliebtesten Rezitator Dr. Max Poesngen-Alberty gesprochen werden. Er gehört zu den besten Deklamatoren Deutschlands. Außerdem wird das Programm Männerchöre des Gesangsvereins „Namenlos“ und Solf des Herrn Opernsänger Erdger bieten.

Programme zum Preise von 30 Pf. sind in der „Volksmacht“, Neue Graupenstraße 7, im Gewerkschaftshause, Zimmer 36, und im Zigarrengeschäft, ferner bei Tizze, Dumboldstraße 8, bei Reichelt, Matthiasstraße 140, und bei Paul Berndt, Lenthenstraße 53, zu haben.

Das österreichische Konsulat vermittelt weiter Streitbrecher.

Unsere Mahnung an das österreichisch-ungarische Konsulat scheint herzlich wenig geachtet zu haben, denn die Streitbrechervermittlung wird wieder fortbetrieben, wie dieser Zettel zeigt: Wenn möglich, bitte Ueberreicher dieses in Arbeit einzustellen.

Oesterreichisch-ungarischer Hilfsverein „Austria“ zu Breslau.

Linke Postmann Warte, Grundstraße 12.

Es ist ganz nett, das der Hilfsverein die Unterstützung an mittellose Landleute sparen will. Damit aber soll er ihnen einwandfreie Arbeit zuweisen. Es ist unerhört, den Armen zugunsten, das sie einiger erbärmlicher Feinmug wegen ihre Arbeiterchre aufgeben sollen. Der traurige Ruhm, die Not seiner Landleute zu ehelichen Zwecken auszunutzen, bleibt vorläufig der Oesterreichern in Breslau vorbehalten. Glauben sie uns etwa einen Erfolg für den braven Kelling bieten zu müssen, der selber zu Oesterreich Wolle kauft? Wir danken recht freundlich. Unständliche Arbeiter verzichten auf eine solche Stellenvermittlung. Wir glauben auch, das ein Konsulat andere und bessere Dinge zu tun hat.

* Die glückliche Bahn Breslau-Breslau hat, wie gemeldet wird, die Januarzinsliche ihre Obligationen nicht eingelöst. Es ist bekannt, das die Bahn seit ihrem Bestehen mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Auch technische Schwierigkeiten machen sich immer wieder bemerkbar. So sind seit einigen Tagen die Uniformer der Umformstation der Bahn die sich im Wasserwerk Breslau befinden, in Reparatur. Die Bahn erhält ihren elektrischen Strom während dieser Zeit stat wie sonst von dem Elektrizitätswerk Schlesien in Tschelnitz auf der Zentrale der Gräblicher Eisenbahn. Der Betrieb ist dadurch nicht gestört.

* Geplante Strafen. Wegen Verletzung einer Wasserleitung wird die Schiebwerdverleirabe gegenüber der Chundnubung in die Kohlenstraße vom 16. März an auf 14 Tage halbfestig, wegen Erneuerung der Schlepplische die Stische Seite der Wienenaubride vom 16. bis 28. März für Fuhrwerk und Reiter gesperrt.

* Vom Schlachthof. Der Schlachthofmarkt und die Schlachtungen auf dem hiesigen Schlachthofe beginnen Mittwoch, den 1. April, an den Hauptmarkttagen (regelmäßig Mittwoch) für Kleinvieh um 6 1/2 Uhr vormittags, für Großvieh um 7 Uhr vormittags, an den übrigen Tagen für alle Tiere um 7 Uhr vormittags.

* Ermittelte Pferdediebe. Die beiden Männer, die, wie gemeldet, in der Nacht zu Donnerstag auf dem Dominium Wüstendorf, Kreis Breslau, ein wertvolles Pferd entwendet und nach Breslau geschafft haben, sind ermittelt. Sie haben das Pferd hier an einen Pferdehändler in der Nikolavorkstadt verkauft, ohne eine Urprungsbescheinigung vorlegen zu können. Es sind ihnen dafür 500 Mark bezahlt worden, während das Tier einen Wert von etwa 1000 Mark hat. Die beiden Pferdediebe stammen aus dem Kreise Schweidniz.

Stadt-Theater.

Samson und Dalila.

Oper in 4 Akten, Musik von Saint-Saens.

Dieses Werk ist keine Neuerscheinung mehr. Sie hat sich bereits durch vier Jahrzehnte behauptet und allein dieser Umstand erfordert in unserer raschlebigen Zeit Beachtung und Respekt. Es ist aber auch gleichzeitig ein trauriger Beweis für den gänzlichen Mangel an geeigneten zeitgenössischen Objekten. Der Text erzählt die Geschichte Samsons und Dalilas in bibelgetreuer Darstellung. Die beiden singenden Wälder, Hebräer und Philister, und ihre wechselnden Schicksale, Simons Lustreue und sein gottbegehrter Kampf sind ja auch ein vorzüglicher Vorwurf für ein vielbewegtes dramatisches Werk. Simson, der Stärkste der Starken, erliegt dann den Verführungskünsten der Dalila. Seine Kraft weicht von ihm, da er seiner Mission untreu geworden und beim lodenden Weibe das anberaunt, was zwischen ihm und seinem Gott Geheimnis bleiben mußte. Die Schwäche allerdings, die er in den Armen der Dalila zeigt, läßt ihn zum tragischen Helden nicht ganz geeignet erscheinen.

Trotzdem die Musik an vielen Stellen gerabezu oratorien-, d. h. kongertmäßig ist und ein wenig dramatisch wirkt, insbesondere die zahlreichen, sehr komplizierten Chöre, war der Erfolg gestern ein sehr starker. Sie mußte schon deshalb wirken, weil sie einerseits individuell ist, andererseits in ihrer blühenden Melodie den stärksten Gegensatz zu der Engbrüstigkeit und schmalen Kompositionenweise der modernen Autoren bildet. Heute schreibt niemand mehr zwei solche Akten, wie die der Dalila, angeblid, weil es „unmodern“ ist, in Wirklichkeit aber, weil die Gründungsfrist fehlt. Der Schluß des ersten Aktes, der einen Sturm des Beifalls entfesselte, hat musikalisch einen lebenswichtigen, unendlich schmerzlichen und süßen Reiz; sie lockt und bezaubert. Und das umso mehr, als Frau Dörwald als Dalila allen Schemeln ihres Organs aufbot, diese Wirkung zu erzielen. Was ihr an hebeitsvoller Erscheinung für diese Partie abgeht, ersetzt sie geschickt durch die Macht des dramatischen Ausdrucks. Das unterbrochen wird, wirkt monoton und unbramatisch. Das Orchester ist in rhythmischer Beziehung außerordentlich interessant behandelt

und die Vorkenntnisse des ersten und letzten Bildes suchen an Prägnanz des Ausdrucks ihresgleichen.

In die Ehren des Erfolges teilen sich mit Frau Dörwald die Herren Schmieter und Feder. Die überaus vorreiligen irigen Meinungen, die sich über den in den ersten Monaten durch klimatische Verhältnisse indispontierten Terroristen verbreiteten, müssen wir nun damit büßen, das uns dieser prachtvolle Sänger verläßt. Sowohl sein Gesang als sein Spiel war, besonders im dritten Akte, von begeisterter Zierlichkeit. Herr Feder imponierte durch die Fülle und Mischung seines herrlichen Baritons. In kleineren Rollen wirkten die Herren Wittekopf und von Zopyth verbindlich mit. Die Regie (Herr Dr. Erhardt) hatte mit Lichteffekten und schönen Bildern nicht gespart; doch ging die Veranbung wieder unter ganz ungehörigem Lärm von statten. Das Orchester unter Leitung des Herrn Prätiver hatte einen seiner glücklichen Abende; nur im Liebesduett war es sehr erheblich laut. Das Haus hätte besser besucht sein können. S. M.

Lobe-Theater.

„Die Journalisten“ von Gustav Freytag.

Vor fast ausverkauftem Hause gingen am Sonnabend „Die Journalisten“ in Szene. Die Zeit ging an diesem schon an sich nicht sehr bühnenwirksamen Lustspiel nicht spurlos vorüber. Die Welt des Journalismus sieht versucht anders aus, wie's der brave Freytag hier seinem Publikum erzählt. Aber er ist dennoch immer der Dichter von „Soll und Haben“ und wir folgen ihm darum gern in das kleinbüchliche, behäbige Milieu, das den Schauplatz für sein Stück abgibt. Wird es nun gar im Kostüm und wahren Nöbeln der damaligen Zeit gespielt, wie es am Sonnabend im Lobe-Theater geschah, so wird man dabei ebenfalls warm; denn gleich gesagt werden muß, das „Die Journalisten“ heute nur noch ein literaturgeschichtliches Interesse beanspruchen können.

Gespielt wurde unter der Leitung des Herrn Berger sehr gut. Da ist vor allem die Uebelheit Aunert des Fräulein Heße zu nennen, die eine herrliche wärmere Stimmung um sich

verbreitete. Auch die humorvollhaltige Gestalt des Redakteurs Holz war gut aufgehoben. Ihn spielte Herr Birzon. Ein kleines schauspielerisches Nebenstück war der Schmod des Herrn Knack: Humor unter Tränen. Sonst will ich die Herren Machold, Lehndorf, Wfang (der den knorrigen Oberst recht menschlich gab) und Will sowie Fräulein Bettie anerkennend aus der Fülle der Darsteller herausheben. F.

Literatur.

Lichtstrahlen, monatliches Bildungsorgan für denkende Arbeiter. Herausgegeben von Julian Wachardt. Erschienen ist Nr. 7 (Märzheft) mit folgendem Inhalt: 1. Der Herr Wolgelspräsident. 2. Die Anfänge der Pfaffenherrschaft. Von G. Gömle. 3. Grundzüge des Kommunismus. 4. Vom Wert. 5. Krise und Zukunftsstaat. Jeden Monat erscheint ein Heft zum Preise von 10 Pfennig. Zu haben in allen Parteibuchhandlungen, bei den Kolporturen der Partei- und Gewerkschaftspressen, sowie beim Verlag Berlin-Lichteefeld 3 Hedwigstraße 1.

Ein Beitrag zur Reform des preussischen Kommunalabgabengesetzes, die jetzt den Landtag beschäftigt, wird loben von Dr. Max Andler in Berlin-Nikolassee beigezeichnet. Er ließ bei Hermann Thomas in Berlin NW 28 zum Preise von 20 Pfennig ein Broschüren erscheinen: „Ein Beispiel aus dem Kampfe gegen die Steuer nach dem gemeinen Werte.“ Er nimmt sich eine Eingabe der Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg vor, und weist nach, das deren Argumente gegen die Gemeinwertsteuer völlig falsch sind; und zwar hat Thomas die einzelnen von der Kammer gemachten Beispiele an der Hand der Akten geprüft. Es ist klar, das die Eingabe der Kammer lediglich dem Spekulantinteresse dien.

„Arien über Kämpfen! Eine Gewerkschaft.“ Im Verlag der Buchhandlung Vorwärts-Berlin erschien unter diesem Titel ein Schnulennichtbroschüren, das sich an das Ohrgefühl der für die gelbe Bewegung unbrauchbaren Arbeiter wenden.

Die verurteilten Volksvorstellungen.

Seit dem Jahre 1899 veranstaltete der Arbeiter-Bildungs-Verein und vor seiner Gründung der sozialdemokratische Verein neben anderen Unterhaltungen ebler Art auch Arbeiter-Vorstellungen in den vier hiesigen Theatern und ist dabei auch immer mit auf diejenigen Tage angewiesen, an denen für öffentliche Vorstellungen gewisse Beschränkungen vorgeschrieben sind, also Bußtag und Totensonntag. Alljährlich haben an diesen Tagen 2, 3 auch 4 Veranstaltungen stattgefunden, fast immer waren Werke der klassischen Literatur und Musik ausgewählt, niemand hat je an dieser vorbildlichen Kulturarbeit irgend welchen Anstoß genommen, im Gegenteil die städtischen Behörden begünstigten das ergiebige Werk durch Befreiung der Vorstellungen von der Luftschiffsteuer und Freunde der Kunst aus allen Lagern hielten mit ihrer Anerkennung nicht zurück. Anders natürlich die Polizei. Sie sah es als ihre hohe Aufgabe an, zu untersuchen, ob man an diesen Veranstaltungen nicht irgend etwas Ungeheures entdecken könnte und — sie hatten Glück.

Auf Grund der bekannten Publikatur, die große Vereine für keine Vereine erklärt, weil in ihnen der enge Zusammenhang der Mitglieder fehlt, wurden die Vorstellungen des Bildungsausschusses als öffentliche angesehen und die Theaterdirektoren sowie der Vorsitzende des Bildungsausschusses mit Strafmandaten von je 16 Mark für jede Vorstellung an diesen Tagen heimgesucht. Die Direktoren und der städtische Intendant, der am Bußtage den „Allegorien Holländer“ und am Totensonntag Verbis erste Oper „Der Maslenball“ aufgeführt hatten, zahlte die Strafe unter dem Hinweis, daß sie dieselbe zwar für unrechtmäßig halten, aber weiteren gerichtlichen Scherereien sich nicht aussetzen wollten. Der Vorsitzende des Bildungsausschusses legte gegen die vier gegen ihn ausgesprochenen Strafmandate von je 16 Mark Beschwerde ein und führte am Sonnabend vor dem Schöffengericht neben anderem aus, daß er doch nicht der „Veranstalter“ der Vorstellung sei, die Polizei ihn auch niemals als solchen angesehen und die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften — Anzeige der Vorstellung, Einreichung der Legte, Einräumung von Plätzen für die Beamten — niemals von ihm verlangt habe, sondern immer nur von den betreffenden Theaterdirektoren. Nur zur Bestrafung suche sie sich noch einen anderen heraus, denn nach Ansicht der Polizei können anscheinend nie genug Strafen gegen Bürger ausgesprochen werden. Der Amtsanwalt erwiderte darauf, daß die Polizeiverordnung nicht nur den Veranstalter, sondern jede Zuwiderhandlung mit Strafe bedroht. Genosse Böbe stellte fest, daß im „Liegenden Holländer“ auch eine Anzahl Plätze der Postloge belegt waren, nachträglich habe er erfahren, daß der stellvertretende Polizeipräsident, Regierungsrat Salemon dort saß. In amtlicher Eigenschaft scheint er nicht gekommen zu sein, denn er hätte Damen zu dieser Vorstellung für Arbeiter mitgebracht, die sich an den Oratorien für die Künstler mitteiligten. Diese Mitteilung veranlaßt den Amtsanwalt, zu bemerken, daß man im hohen Maß eine Zuwiderhandlung noch nicht erwidern könne, doch sei es schon möglich, daß man bei Wiederholung der Sache auch die mitwirkenden Schauspieler und die Mitglieder des Bildungsausschusses in Strafe nehmen werde. Das Gericht entschied nach langen Beratungen, daß sich der Angeklagte strafbar gemacht habe, denn die Vorstellungen seien öffentlich und Lüge sei „Mitveranstalter“. Da aber die Vorstellungen der Polizei angezeigt gewesen seien und diese sie sogar von Beamten habe überwachen lassen, so sei der Angeklagte wahrscheinlich in gute Gläubigen gewesen, daß seine Handlung nicht strafbar ist. Deshalb sei jeder einzelne Strafbescheid von 16 Mk. auf 5 Mk. herabzusetzen.

Bestraft muß auf alle Fälle werden und handelt es sich auch um die anerkennenswerten Veranstaltungen der Arbeiterkassen! Es ist überhaupt ein ganz unhaltbarer Zustand, daß es noch Breuerei gibt, die unbefragt herumlaufen; wenn des Amtsanwalts Ankündigung wahr gemacht wird, dann kann dem Uebelstand weiter abgeholfen werden. Drum sei auch nicht vergessen, daß den ersten Anstoß zu dieser Bestrafung die fröme „Schles. Volksztg.“ gab, die die Bußtagsvorstellung des Bildungsausschusses öffentlich der Polizei denunzierte, obgleich ihre eigenen Leute am selben Tage ebenfalls Theater spielten.

Jeder Befehl der Volksvorstellungen sollte sich als Antwort auf diese Verfolgungen der politischen Organisation anschließen, die den Kampf gegen diese Polizeimachenschaften rücksichtslos führt.

Son konservativen Parteisekretär Neumann in Breslau

entwirft die hierfals „Schles. Volksztg.“ ein ansprechendes Bild. Der Herr hatte sich beschwert, daß in Schlesien nur laienhafte Beamte als Angestellte der christlichen Gewerkschaften fungieren und daß man ihn zu einer Konferenz der christlichen Gewerkschaftssekretäre nicht zugelassen habe. Darauf antwortet das christliche Gewerkschaftsbureau in der „Volkszeitung“ u. a.:

Herr Neumann war früher Beamter des christlichen Transportarbeiter-Vereins. Nachdem er in Berlin, Schwabnitz, Siegan und Frankfurt „gearbeitet“ habe und man seine Tätigkeit nicht mehr brauchte, wurde er Parteisekretär der Konservativen in Breslau. Anfangs zahlte er noch Beiträge, stellte aber, angeblich wegen Differenzen mit der Zentralkasse genannten Verbandes, die Zahlung der Beiträge ein. Dem kassierenden Vertrauensmann wurden recht ungeziemende Bemerkungen über die christlichen Gewerkschaften gemacht. In einer Sitzung des Sozialen Ausschusses am 30. Januar, wo er eingeladen erschien, nahm er zum Arbeitswilligen eine Stellung ein, die nicht die eines auf dem Boden einer Gewerkschaftsbewegung stehenden Mannes sein kann. Der Sekretär der evangelischen Arbeitervereine, Herr Stein, wies ihn recht treffend zurück. Einen solchen Mann zu unseren Sitzungen zuzuziehen, lehnen wir natürlich ab. Weiter wollen wir für heute über die Qualifikation des Herrn N. nichts sagen.

Bei Herrn Neumann, über dessen Qualifikation man heute nichts sagen will, scheint es auch zu helfen: „Was Brot ich esse, das Brot ich sing“, denn früher ist er einmal gar würdevoll für Arbeiterrechte eingetreten. Damals bezahlten ihn die christlichen Arbeiter, heute bezahlen ihn die konservativen Junker.

Merke gegen den Gebärzwang.

Mit dem beim Reichstag eingegangenen Gesetzentwurf über den Verkehr mit Mitteln zur Verhinderung von Geburten“ beschloß sich am 18. März der „Voll. Ztg.“ zufolge die Gesellschaft für Geburtshilfe und Gynäkologie in Berlin.

Der Gutachten der Gynäkologischen Gesellschaft geht dahin, daß gewisse unter schmerzhaften Zwangsmaßnahmen in der Natur gewöhnliche Mittel, die aber in Wahrheit zum Abtöten führen und schwere Gesundheitsstörungen im Gefolge haben, dem freien Verkehr entzogen und nur in Apotheken auf ärztliche Rezepte hin abgegeben werden sollen. Dagegen sollen die an sich nicht gefährlichen Mittel, auch wenn sie

dienen, keine Verkehrsbeschränkung erfahren. Die Gynäkologische Gesellschaft in Berlin hält es für einen verhängnisvollen Irrtum, zu glauben, daß durch Verkaufsverbote oder Beschränkungen der empfangnisverhütenden Mittel der auch von den Vereinten beklagte Geburtenrückgang in irgendeiner nennenswerten Weise aufgehoben werden kann. So lange der Wille zur Schwangerschaftsverhütung vorhanden ist, ist kein Gesetz imstande, dies zu verhindern. Jedoch ist die Gesetzgebung auf diesem Gebiete nicht ganz wirkungslos; deshalb beantragt die Gesellschaft für Geburtshilfe und Gynäkologie die Wiedereinbringung des Gesetzes gegen die Kurpfuscherei zum mindesten in den Abschnitten, die eine Behandlung von Frauenleiden und Geschlechtskrankheiten durch Nichtärzte verbieten.

Die Ärzte sind also auch überzeugt, daß diese ganze Gesetzgebung ein Schlag ins Wasser sein wird. Sie erheben nur ihren alten Plankonkurrenz nach dem Gesetz gegen Kurpfuscherei und empfehlen Verknüpfung jener gefährlichen Mittel, die zur Abtreibung, nicht zur Verhütung dienen. Die Vorbeugungsmittel können gar nicht aus der Welt geschafft werden.

Breslauer Innungsausschuß.

Zu der Vollziehung, die am Freitag im Deutschen Kaiser tagte, beantragte die Tischlereiinnung beim Magistrat den Antrag zu stellen, den Fachzeichner-Unterricht für einige Gewerbe auf die Sonntagsvormittagsstunden zu verlegen. Die Tischlermeister, Drechslermeister und Kranke begründeten den Antrag. Die Ausbildung der Zeichner im Fachzeichnen sei eine unabdingbare Notwendigkeit; in der Fortbildungsschule sei die fachliche Ausbildung eine sehr mangelhafte. Die Schüler haben auch keine Lust des Abends, wenn sie aus der Werkstatt kommen, noch zu zeichnen, sie seien auch gar nicht in der Lage, dem Fachunterricht zu folgen. Sie sind müde von der Arbeit. Sonntagsmorgens sind sie ausgeruht und könnten da mit Begeisterung den Aufschwung gewöhnen sein. Der Abendunterricht lauge überhaupt nichts zum Fachunterricht. Herr Krause wies zudem noch darauf hin, daß in Berlin tausende von Zeichnern am Sonntag Zeichenunterricht nehmen. Warum sollte das nicht auch in Breslau geschehen können? Jedenfalls würde diese Einrichtung zum Nutzen der Lehrlinge und des Handwerks sein.

Fortbildungsdirektor Freier erklärte, daß die Handwerker von dem Fortbildungsschulwesen nicht genau unterrichtet sein können, wenn sie einen derartigen Antrag stellen. Von den tausenden von Schülern hat nur der geringste Teil Abendunterricht. Der größte Teil hat Tagunterricht. Die Schüler haben wöchentlich 6 Stunden Unterricht zwei Stunden auf Vorkursen, zwei auf Rechnen und Buchführung und zwei auf Fachunterricht. Nach den Verlassen des Meisters müssen die Stunden auf Werkzeuge fallen. Der Sonntag soll der Erbauung, der Familie und der freien Arbeit gewidmet sein. Er kann nicht glauben, daß der Magistrat den Antrag genehmigen wird. Wenn die Handwerker ihre Lehrlinge im Fachzeichnen ausbilden lassen wollen, so halte er das für ein lässliches Versehen, doch könne dies nicht auf dem Wege des Zwangsunterrichts geschehen, sondern müsse freiwillig erfolgen. Gewiß würde der Magistrat in diesem Falle die Genehmigung erteilen. In Berlin sei der Unterricht auch nicht auf die Sonntage ausgebeht, auch dort haben die Handwerker freiwillige Schulen erteilt.

Tagelager-Obermeister Mann kann sich auch nicht für den Antrag erwärmen. Seine Durchführung bedeutete offenbar einen Rückschritt, wo jetzt alles danach strebt, vollständig die Sonntagsruhe einzuführen. Schließlich würden auch die Eltern und Schüler nicht dafür zu haben sein — Magistratsassessor Drache empfiehlt, von dem Antrage abzugehen und fakultative Fachzeichner-Kurse am Sonntag einzurichten. Der Antrag wurde hiermit einstimmig abgelehnt. Der Vater-Obermeister Ludwig wurde trotz des Protestes der Schloßerinnung mit 64 gegen 12 Stimmen als Vorsitzender wieder gewählt.

Die Oderschiffahrt.

Der Schiffahrts-Verein schreibt unter anderem: Der Wasserstand der Oder hat sich in der Berichtwoche annähernd konstant auf seiner Höhe erhalten, ohne daß trotz der regnerischen Witterung eine wässerliche Hochwasserwelle zu verzeichnen war. Der Verkehr auf der oberen Oder fängt an, normaler zu werden, Aufenthalt werden aber immerhin noch nicht entriert. Der Andrang vor Köslin-Oderhafen ist noch ein ganz bedeutender. Die zu Berg nach Köslin anstrebenden Schlepplüge werden vor Zumindesten teilweise der Strompolizei wegen Überfüllung der letzten Stauflut und des Coelers Hafens angehalten; zurzeit ist dort die kleine Schleuse in Reparatur und infolgedessen auch noch nicht benutzbar, und wird nur den beladenen Fahrzeugen der Vorrang zum Anrieten an das Endziel gestattet. Der Umschlag, speziell in Köslin, ist regelmäßig geworden und wird auch erhebliches geleistet. Trotz alledem warten vom Winter her noch etwa einige 20 Rähne, die erst heute mit ihrem Ladungsausgang an der Keiße sind. Nach Beladung dieser Rähne werden die dieses Jahr frisch nach Köslin angekommenen Rähne erst in die Keiße zur Beladung. Dadurch, daß der Verkehr auf der oberen Oder in regelmäßiger Bahnen gekommen ist, ist auch die Abschleppung der hier im Oberwasser gelegenen Leer- und Ladungsfahrzeuge besser vor sich gegangen, so daß der augenblickliche Bestand an wartenden Rähnen nur etwa zwischen 50 bis 60 Fahrzeugen schwankt. Der Schleusenrang vor und im hiesigen Großschiffhafen hat dieswöchentlich auch wesentlich abgenommen. Zu Berg dürfte heute mit knapp 3 bis 2 Tagen Rang zu rechnen sein, wogegen zu Tal kaum die Tagesleistung an den Schleusen vorliegt. Im mittleren und untern Lauf der Oder wurde die Schiffahrt nur in Neuß aufgehalten, weil dort vor der alten Straßenbrücke ein großer mit Köhlen beladener Rahn gesunken ist, der die Durchfahrt zwar nicht ganz harrt, aber nur das Aufschwimmen frei läßt. Der Schleusenrang vor den Fürstentberger Schleusen hat nach beiden Richtungen dieswöchentlich nachgelassen und zum Schluß ganz aufgehört.

Ein gemeingefährlicher Heiratschwindler.

Der schon vielfach verurteilte Heiratschwindler Josef Pfeiffer aus Neuß macht sich vor der Breslauer dritten Strafkammer wegen verübten und beabsichtigten Rückfallbetruges und fälschlicher Urkundenfälschung verantworten. Der Angeklagte kam im Jahre 1912 nach Breslau, um Her der Heiratschwindler im großen zu betreiben. Er mietete sich im „Sabbot-Hotel“ ein und wußte sich Briefbogen und Couverts zu beschaffen, die den Zementkopf des Hotels trugen. Einen Bogen verwendete er dazu, sich selbst die Anstellung in diesem Hotel als Empfangsbesitzer mit einem Monatsgehalt von 350 Mark zu beschaffen; dazu fertigte er sich außerdem eine Quittung über eine von ihm gestellte Kaution von 1800 Mark. In der Anstellungsbescheinigung hieß es jedoch, die bei der Hotelübernahme zu hinterlegenden Kaution müsse 2000 Mark betragen. Das Schreiben trug fälschlich die Namensunterschrift des Hotelinhabers.

Mit Güte dieser gefälschten Bescheinigung machte sich Pfeiffer nun an mehrere heiratsuchende Jüngere und auch ältere Frauen heran, denen er die Ehe vorpöbelte. Darauf es ihm aber in der Hauptsache ankom, das waren die Eripurven seiner Opfer. Von jeder „Braut“ forderte er die zur Stellung der vollen Kaution nötigen 200 Mark, die ihm — ausweilend der erzwungenen gefälschten Bescheinigung — noch fehlten. Jeder waren bis 1000 Mark, mit denen er angeblich in Lichtgüter und wertvollere Sachen, daß sie ohne viel zu zahlen, die verlangten 200 Mark hingeben, damit sich der Gatte die angebl. Heirat stellen lassen könne. Von Breslau aus unternahm Pfeiffer auch eine Reihe nach Dresden. Dort ließ er sich im Hotel „Europäischer Hof“ nieder und arbeitete nach demselben Muster wie in Breslau, leider ebenfalls mit Erfolg. Er kam wieder

Der Heiratschwindler gelang es im Januar 1914, hinter das verheiratete Treiben des Reimers zu kommen, und sie nahm ihn fest. Die Strafkammer hielt es für angezeigt, den Angeklagten auf möglichst lange Zeit unschädlich zu machen. Das Urteil lautete auf fünf Jahre Zuchthaus, zehn Jahre Ehrenrechtsverlust und Zuchthaus nach Vollzucht nach der bürgerlichen Strafe. Außerdem wurde auf eine Geldstrafe von 1800 Mark erkannt, an deren Stelle im Nichtzahlungsfalle für je zehn Mark ein weiterer Tag Zuchthaus tritt.

Eine geborene Innungsgröße.

Wie wir am Sonnabend bereits kurz berichtet haben, wurde der frühere Sekretär der Breslauer Bäcker-Zwangsinnung, Karl Schröder, von der dritten Strafkammer wegen Untreue und Unterschlagung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, wovon acht Monate auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet wurden.

Der Angeklagte war 12 Jahre lang bei der Innung beschäftigt gewesen. Anfangs bezog er einen Jahresgehalt von 2400 Mark, das vor seiner Verhaftung im Sommer 1913 bis auf 4400 Mark angewachsen war. Mit seinem Gehalt will Schröder nicht gereicht haben, da er von seiner Frau getrennt lebte und für sie und drei Kinder jährlich 3000 Mark aufgewandt habe. Er selbst habe sehr solide gelebt, billig gegessen und gewohnt und keinerlei Vergnügungen mitgemacht. Im Laufe der Jahre hat er rund 24.176 Mark unterschlagen. Zu verwalten hatte Schröder außer der Innungskasse noch die Verbandskasse der schlesischen Bäckerinnung, die Gesellenunterstützungskasse und einige Zweigkassen. Da die Kassenrevisionen niemals unternommen vorgenommen wurden und von einer ernstlichen Prüfung der Kassenverhältnisse auch niemals die Rede sein konnte, war es Schröder möglich, die Fehlbeträge geschickt zu verschleiern. Die fortgesetzten Veruntreuungen wurden erst aufgedeckt, als vor einem Jahre der Vizeobermeister Bruffig starb, dessen Aufsicht der Angeklagte unterstellt war. Bruffigs Nachfolger nahm eine gründliche Prüfung aller Kassen vor und damit erzielte den ungetreuen Sekretär das Verhängnis. Der neue Obermeister hegte anfangs kein Mißtrauen gegen Schröder. Er glaubte vielmehr, die Fehlbeträge wären auf die Nachlässigkeit Bruffigs zurückzuführen. Als Schröder aufgefordert wurde, mit einem Rechtsanwalt zu gehen, damit die Sache klargestellt werde, da gestand der Sekretär auf dem Wege seine Verfehlungen unumwunden ein, damit ein Verstorbenen nicht unglücklich in einen schlimmen Verdacht läme. Am 9. Juli 1913 wurde Schröder verhaftet. Die Untersuchung der Angelegenheit zog sich deshalb bis jetzt hin, weil die Innung nicht logisch buchmäßige Feststellungen über die gesamte Höhe der veruntreuten Gelder treffen konnte. Die Untersuchungshaft währte volle acht Monate.

In der Verhandlung war der Angeklagte geständig. In seiner Entschuldigungsrede machte er geltend, die Sorge für seine Familie habe ihn zu den Verfehlungen getrieben. Er sei auch mit Arbeit überlastet gewesen und habe sich auf seine Kosten Hilfskräfte angestellt. Von Zeugen wurde dem Angeklagten ein bescheidenes ordentliches Leben nachgerühmt. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre Gefängnis beantragt, wovon nur sechs Monate auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet werden sollten.

Schröder hat sich stets in scharfmacherischer Weise gegen den freien Bäckerverband und dessen Mitglieder betätigt und gerade diese Betätigung soll ihm bei den anderen Innungsgrößen ein großes Vertrauen verschafft haben. So mancher brave Bäckergehilfe, der in Zeiten des Treibens seinen Kollegen und dem Verbande zu nützen bestrbt war, ist ins Gefängnis gewandert, weil Schröder direkt oder indirekt die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erwirkte. Wie der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Heller, diesen Menschen als „der inneren Vergewissung nach gut“ bezeichnen konnte, erschließt uns geradezu überdeutlich.

„Dimal werden wir sie aushungern lassen.“ Führer da am Sonntag in einem Akt. 3. Klasse zwei Menschenfreunde aus der Konfektion nach Glogau. Ihre Unterhaltung drehte sich natürlich darum, wie man am besten reich wird, wobei die Ansichten verschiedener Breslauer Geschäfte erwoogen wurden. Schließlich kam man auch auf die Begehrtheit der Schneider zu sprechen, die wieder 20 bis 25 Prozent Lohnerhöhung haben wollten. Aber diesmal werden sie nichts bekommen, diesmal werden wir sie aushungern lassen. Sie werden sehen, wieviel Wintersachen bis zum 1. Juli fertig sein werden, daß wir sie aushungern lassen können“, erklärte der eine der beiden Menschenfreunde.

In Wirklichkeit steht es allerdings etwas anders in der Konfektion. Die Forderungen der Schneider belaufen sich nur auf 10 bis 12 Prozent Erhöhung der gewöhnlich nicht allzu hohen Löhne. Auch stehen die Verhandlungen bereits bevor. Mit dem „Aushungern lassen“ dürfte es jedenfalls sein Über haben. Von der Menschenfreundlichkeit mancher Herren spricht der Vorfall immerhin sehr deutlich, und es ist gut, daß die Konfektionsarbeiter auch mit diesen eblen Absichten vertraut werden.

Rothensburger Tiererbasse. Auf der Tagesordnung der am Sonntag in Milde's Lokal abgehaltenen Versammlung standen ausschließlich Wahlen. Es entstand eine lange Aussprache über einen Geschäftsordnungsauftrag, die Versammlung, als nicht ordnungsmäßig einberufen, nicht abhalten zu lassen. Die Versammlung sei nur einen Tag verständig einberufen worden. Zu bemerken ist, da nicht bloß aus Breslau, sondern auch aus dem Land Kreise und der Provinz Mitglieder erschienen sind, die Zahl der Teilnehmer eine ziemlich große war. Die Versammlung entschied sich schließlich für Abhaltung und Eintritt in die Tagesordnung. Es wurden gewählt als Bezirksvorsitzender Kirchhoffen-Rendant Tschjersky, als dessen Stellvertreter Ratssekretär Kreisel, als Bezirksvertreter Rechnungsrat Schulze, Rendant Tschjersky und Kaufmann Tschjerner aus Groß-Mochberg, als stellvertretende Bezirksführer Rechnungsrat Franke, Ratssekretär Kreisel und Betriebssekretär A. D. Nagel.

Die Markschweineausstellung der schlesischen Landwirtschaftskammer wird am 27. und 28. März in Breslau im städtischen Hofhofe abgehalten. Die Ausstellung ist von 7 Uhr früh am 27. bis 2 Uhr nachmittags am 28. geöffnet. Der Eintrittspreis beträgt 1 Mk., für Kinder 50 Pfg., Dauerkarten kosten 3 Mk. Die Ausstellung wird mit 171 Rindern, 39 Schweinen und 57 Schafen besetzt sein. Zur Prämierung stehen zahlreiche Ehren- und Geldpreise zur Verfügung. Ein Teil der prämierten Schweine wird am zweiten Tage, also am 28., auch geschlachtet ausgestellt und prämiert werden. Besondere Anziehungskraft dürfte ein Ochse aus Holslein ausüben, der bei einer Widerristhöhe von 2,10 Meter ausgemästet etwa 40 Zentner erreichen würde.

Ein Messerheld. Im Dezember 1913 wurde der Arbeiter Johann Skorra auf dem Heimwege von der Arbeit, von einem anderen Manne in der Schönstraße „angerempelt“. Der Gestohlene sagte nichts, ging eiligst in seine nahegelegene Wohnung, legte dort seine Zoppe ab und steckte ein Küchenmesser zu sich, mit dem er sofort wieder auf die Straße ging. Hier suchte Skorra den Mann, der ihn in den Weg getreten war. Er gewahrte auch einen Mann, den er als Täter wiedererkennen glaubte. Skorra stellte diesen Mann nicht etwa zur Rede, sondern ließ gleich mit seinem Küchenmesser blindwütig darauflos und der Gestohlene erlitt schwere Verletzungen. Es handelte sich jedoch gar nicht um den Mann, der den rohen Menschen angefallen hatte. Der Gestohlene, ein Gasanstaltsarbeiter, wurde an der Brust, einer Schulter und den Armen schwer verletzt. Das eine Armgelenk ist bis heute unbrauchbar, doch besteht die Hoffnung, daß es gelingen wird, den bedauernswerten Mann wieder herzustellen. Jetzt stand Skorra wegen Körperverletzung in einer das Leben gefährdenden Weise vor der hiesigen III. Strafkammer, die seine rohe Tat mit drei Jahren Gefängnis ahndete.

Aus den Markthallen.

Nach und nach findet sich auf dem Markt Frühlingssware ein. Freitag gab es an den Gemüsehänden schon allerlei Neuigkeiten, so feuchte Blumentresse; gut gewaschen, verlesen und sehr geschäftig auf Butterbrot getan, bildet sie in dieser arbeitsreichen Zeit eine hochwillkommene Abwechslung von pikantem Geschmack. Nadelchen liegen schon in größeren Mengen aus; sie sind zwar schon um 10 bis 15 Pfg. billiger geworden, aber trotzdem kostet das Bünd noch 20 Pfg. Kapunje, Schnittlauch und Blumenkohl ist preiswert. Spinaut wird bereits billiger, das Bünd wurde mit 10 Pfg. abgegeben. Ausländische Blattsalat, Khabarber und Endivien sind zu allerdings noch sehr hohen Preisen zu haben. Als ganz besonders Frühlingssalaterbissen werden für diejenigen, die Geschmack daran finden und das Geld dazu haben, Froschschinken angepriesen, die bei den Gemüsehändlern zu haben sind. Die Mandel kostet 75 Pfg. Weichkraut, prächtiges kleine Karotten, Meerrettich, sowie alles Wurzelzeug, Zwiebel und Kartoffeln sind genügend ausgestellt. Schöne vollstellige Pfefferkörner sind in ihren leuchtenden Farben künstlich ausgebaut und geben dem ganzen Markt ein sehr schönes Bild. Ihre Saison ist aber bald zu Ende und bald werden sie wieder teurer; gegenwärtig zahlt man 4-10 Pfg. für das Stück. Trotzdem die Pfeffer den ganzen Herbst wegen Knappheit sehr teuer waren, so hat es noch immer eine stattliche Auswahl und man ist erkrankt, woher die großen Vorräte noch herkommen. Die Preise sind fast unverändert. Geizige oder angelegte Ware ist für 20 bis 25 Pfg. für das Stück zu haben; größere und tabellose Ware kostet dann 30 bis 40 Pfg.; ausländische 50 bis 80 Pfennige.

Ein großes Angebot von geschlachteten Fischen ist zu verzeichnen. Suppenhühner, ein paar Hasanen und wilde Stämmchen sind so ziemlich alles, was von den ausländischen Händlern geboten wird. Die Preise sind für alle Sachen sehr hoch.

In den Fischhänden ist der Verkehr sehr reger, die Fassenzahl, die noch von vielen streng innegehalten wird, verschafft den Händlern ein gutes Geschäft. Kleine lebende Wetzische werden mit 40 Pfg. abgegeben, Hechte, Schleier, Karpfen und so weiter sind sehr teuer. Seefische sind zu den bekannten Preisen zu haben. Nahrungsmittel sind von tadelloser Beschaffenheit und in allen Preislagen erhältlich. Frische Eier gibt es jetzt in ungeheuren Mengen, aber die Mandel bleibt auf 20 Pfg. stehen. Verschiedene Händler fordern sogar schon 95 Pfennige bis 1 Mark. Butter steigt im Preis, 1,20 bis 1,40 kostet das Pfund; Kochbutter 1,20 Mark. Eine Augenweide bietet bereits die Blumenstände. Wühende Tomaten in Gülle und Grün, hübsche Spazimden, Tulpen, Azaleen, sowie Goldlack und Märzbecher geben ein herrliches Bild. Auch die Schnittblumen sind in vielen Farben vertreten, Margueriten, bunte Anemonen, Nelken, und Narzissen werden zu mäßigen Preisen abgegeben. Aus unsern Wäldern wird das liebe Jorte Schneeglöckchen in großen Massen herangebracht, sobald man für 5 bis 10 Pfg. einen Frühlingssolden mit Schneehäuten darf. Dufende Veilchensträußchen liefern die Gärtner für 10 Pfg.

Gasvergiftung. In der vergangenen Nacht gegen 3 Uhr wurde die Wirtschafterin Emilie Kurzer in ihrer Wohnung, Fleischstraße 48, bewußlos aufgefunden. Sie hatte in der Küche des Gasbades geübt, um sich mit Gas zu vergiften. Der Sohn des Gasarbeiters Brendel, bei dem sie wohnhaft war, bemerkte, als er heimkehrte, den Gasgeruch und fand die 35 Jahre alte Wirtschafterin auf. Man rief sofort Sanitätsmannschaften der Feuerwehr herbei, die die Erkrankte nach dem Allerschlepphospitol brachten. Ueber die Verursachung zum Selbstmordversuch ist bisher nichts bekannt geworden.

Einbruch. In einer Laden auf der Viktoriastraße ist ein Dieb in der Nacht zum 12. März eingedrungen und hat daraus eine Menge Bücher und Schreibhefte im Werte von 70 Mark gestohlen. — In der Nacht zum 14. März sind aus einem Holzstall auf der Dürrenstraße zwei wertvolle Kaninchen (was eine grau, das andere blau) gestohlen worden.

Kurzschluss. Am Sonnabend vormittag kurz nach 9 Uhr entstand in einem Stromleitungskabel, das von der Erde durch den Leitungsmast nach der Oberleitung führt, Kurzschluss und die Isolierung des Kabels geriet in Brand, der den eisernen Leitungsmast zum Glühen brachte. Man rief sofort die Feuerwehr und die Rettungswagen der Straßenbahn herbei, die den Schaden beseitigten.

Einbruch. In der Nacht zum 14. d. Mts. sind Diebe vom Haus aus durch eine Seitenröhre in ein Zigarrengeschäft auf der Kaiserstraße eingedrungen und haben außer dem Kasseneinhalt eine Menge Zigaretten, Tabakspfeifen und Zigarrenspitzen gestohlen.

Straßenunfall. Auf der Taschenstraße wurde am 14. d. Mts. abends ein Fleischschlepper, der den Fahrdamm überschreiten wollte, von einem Radfahrer erfasst und zu Boden geschleudert. Der Verunglückte erlitt eine Verletzung am rechten Bein.

Unfälle bei der Arbeit. In einer Schmiedewerkstatt auf der Mittelgasse verunglückte am Sonnabend ein Schmelzschlepper. Beim Hochwinden eines Wagens wurde der Lehrling vom Wagen getroffen und zu Boden geschleudert. Der Lehrling erlitt einen Unterschenkelbruch.

Auf den Morgenauer Wiesen fiel einem städtischen Kärner ein Brett auf den Kopf, so daß er betäubungslos zu Boden stürzte.

Zeitschwendung. wurde eine hiesige Lohnbirne und ihr Zuhälter, der Artst. Erich Fuchs. Sie halten einen auswärtigen Handelsmann gemeinschaftlich einen Geldbetrag von 560 Mark gestohlen. Von dem gestohlenen Gelde wurden bei ihnen noch 211 Mark vorgefunden; den Rest wollen sie Bekannten zum Aufbewahren übergeben haben, nennen aber nicht den Namen der Personen. Diese werden hierdurch aufgefordert, sich vor dem Verdacht der Hehlerei zu schützen und im Zimmer 55 des Polizeipräsidiums zu melden.

Diebstahl. Am 12. März vormittags ist von einem Rollwagen eine 3. A. 2114 gezeichnete Riste mit Papierwaren gestohlen worden, am Schweidnitzer-Stadigraben am 13. März nachmittags von einem Rollwagen ein Koffi mit Papierbeuteln.

Heberzieherdiebstahl. In einer Gastwirtschaft auf der Babitzstraße ist einer Frau ihr langer brauner Ufster vom Korridor gestohlen worden.

Beunruhigt aufgefunden wurde in der vergangenen Nacht um 1 1/2 Uhr auf der Waldbergstraße Ecke Baustraße ein Unfischer, der auf dem Bürgersteig lag, und dem das Blut in großen Mengen aus dem Munde floß. Derbeigerufene Sanitätsmannschaften der Feuerwehr brachten den Erkrankten nach dem Allerschlepphospitol.

Einbruch. In eine Gastwirtschaft auf der Friedrich-Wilhelmstraße ist in der Nacht zum Montag ein Dieb eingedrungen und hat daraus 8 Mark Geld und eine Menge Zigaretten, Fleisch- und Würstchen im Gesamtwerte von etwa 20 Mark gestohlen.

Vandalismus. In der Nacht zum 12. März wurde in den Anlagen an der Werder- und an der Burgstraße je eine der dort aufgestellten Promenadenbänke gewaltsam aus dem Erdboden herausgerissen und vollständig zerstört. Angaben über die Täter werden nach Zimmer 20 des Polizeipräsidiums erbeten.

Zeppenschnitz. Am Sonntag, nachmittags gegen 4 Uhr ist ein in dem Hause Hohenstraße 55 wohnhafter 7 Jahre alter Schüler, der sich zu weit über das Treppengeländer gebückt hatte, über dieses abgestürzt. Das Kind erlitt außer einem Bruch des rechten Oberschenkels und einer schweren Kopfwunde anscheinend noch innere Verletzungen. Derbeigerufene Sanitätsmannschaften der Feuerwehr legten dem Knaben einen Holzverband an und schafften ihn mittels Krankenwagens nach dem Wengel Hande-Krankenhaus.

Vollvorstellung des Bildungsausschusses.

Am Sonntag, den 22. März, kommt im Thalia-Theater Georg Hirschfelds ergreifendes Drama

„Die Mütter“

zur Aufführung. Die Billetausgabe erfolgt morgen Dienstag, den 17. März, im „Gewerkschaftshaus“. Um 7 Uhr Vorstellung, um 8 Uhr Billetausgabe. Preise der Plätze: 1. Rang 80 Pfg., Barlett und Orchester 70 Pfg., Speerlich und Mittelbalkon 50 Pfg., Seitenbalkon 40 Pfg., 2. Rang 30 Pfg., 3. Rang 20 Pfg., Galerie 10 Pfg.

• Selbstmordversuch eines Kindes. Am Sonntag abend gegen 8 1/2 Uhr ereignete sich auf der Werderstraße, unweit der Universitätsbrücke, ein aufregender Vorfall, der eine große Menschenansammlung zur Folge hatte. Ein zwölf Jahre altes Mädchen war dort an der Uferböschung herumgerutscht, um sich in der Ober zu ertränken. Das Kind sprang auch ins Wasser, wurde aber durch seine Kleider und durch eine Menge dort angehängten Resten auf der Oberfläche gehalten, während es langsam dem Ufer zutrieb. Man rief vom nächsten Heranherer aus die Feuerwehr und die Sanitätsmannschaften herbei. Erleichterterweise war der Gerätewagen der Hauptfeuerwache in überraschend kurzer Zeit zur Stelle und die Mannschaft bemühte sich sofort, die junge Selbstmörderin, die bereits bis kurz vor das Ufer getrieben worden war, zu retten, was auch bald mit Hilfe von Leitern und Stangen gelang. Während die Wehrmannschaft auch nur menige Augenblicke später eingetroffen, so wäre das junge Mädchenleben zweifellos zugrunde gegangen. Das Kind ist verhältnismäßig gut davon gekommen; es war bei voller Besinnung und konnte die elterliche Wohnung angeben. Der Krankenwagen der Feuerwehr brachte es bald nach der elterlichen Wohnung auf der Katharinenstraße. Der Beweggrund zur Tat liegt in Furcht vor Strafe; das Mädchen hatte nämlich ihren Eltern einen größeren Geldbetrag entwendet.

• Schlägenfall. Am Sonntag nachmittag brach ein in dem Konzerthaus „Clou“ auf der Kaiser-Wilhelmstraße als Gast weilender Herr plötzlich besinnungslos zusammen. Ein Arzt, der bald zur Stelle war, stellte Schlägenfall fest. Man rief die Sanitätsmannschaften der Feuerwehr herbei, die dem Erkrankten die erste Hilfe leisteten und ihn sodann nach seiner neuen Wohnstraße 122 belegenden Wohnung schafften. Es handelt sich um den Rentier und Hausbesitzer Julius Dickert.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Der Erfolg der roten Woche.

Die Partei marschiert! Im Landkreise sind während der roten Woche 312 neue Mitglieder für den sozialdemokratischen Wahlverein und 536 neue Leser der „Volkswacht“ gewonnen worden. Es fehlen noch die Distrikte Schwobitz, Oswitz, Gräbchen, Bettlern, Sachwitz und Maltsch, so daß noch ein weiterer Zuwachs zu erwarten ist. Die vollständigen Ergebnisse werden morgen veröffentlicht.

Genossen, das ist ein Erfolg. Dank den wackeren Agitatoren, sie haben ihre Pflicht getan.

Groß-Wohbern. Die Gemeindevahl wird am Sonnabend, den 21. März, nachmittags 4 Uhr, beim Gastwirt Klose abgehalten werden. Genossen, sorgt dafür, daß kein Arbeiter der Wahl fernbleibt. Jeder muß auf dem Posten sein, wenn wir siegen sollen.

Neutritz. Unsere Gemeindevahl. Bei der am 13. März, nachmittags 2 Uhr, im Gubernialen Lokale stattgefundenen Gemeindevahl waren 182 Wähler anwesend. Die Wahl der Beisitzer zum Wahlvorstand wurde durch Namensführung vorgenommen, wobei unsere Genossen mit 80 Stimmen in der Minderheit blieben. Da in der dritten Abteilung zwei Vertreter gewählt werden mußten und Genosse Stein die ihm angebotene Kandidatur als Beisitzer ablehnte, so wurde der Kaufmann H. Rosdentlicher (Zentrum) und Genosse H. Matthäus als Kandidaten aufgestellt. Die Wahl selbst erfolgte in zwei Wahlgängen, wobei die Gegner 125 und 128 Stimmen erhielten, unsere Kandidaten jedoch mit 83 und 71 Stimmen in der Minderheit blieben. Vom Zentrum wurden im Ganzen drei Stimmen für Hoffdeutscher abgegeben, wogegen es in der Wahl vor zwei Jahren einige 40 Stimmen waren. Bei der Wahl unserer Genossen verlagten auch diese drei Stimmen und wählten einen vom kath. Arbeiter-Verein im Kompromiß mit den Konservativen aufgestellten Hausbesitzer.

Wenn Mann von unseren Wählern verließen ohne im zweiten Wahlgang gewählt zu haben das Lokal, woraus sich die so niedrige Stimmzahl unserer Genossen ergibt. Zu bemerken wäre noch, daß die Gegner mit 48 Vollmachten (Foranienstimmen) verfahren waren und alle Arbeiter des Gemeindevorsteher Seidel sowie alle nur entbehrlichen Post- und Bahnbeamten anwesend waren, wogegen 25 bis 30 Arbeiter durch Abwesenheit glänzten. Die Genossen erziehen hieraus, daß die Sozialdemokratie nur durch eigene Kraft siegen kann, darum nie erlauben in der Agitation für neue Kämpfer.

Marxshütz, 12. März. Die Wahlen zur Gemeindevertretung fanden am 12. d. Mts. statt. Nach Verlesen der geschlichen Formeln, wies der Wahlvorsteher mehrere Anwesende aus dem Wahllokal. Zu Beisitzern wurden zwei Genossen mit knapper Mehrheit gewählt. Nachdem sie verpflichtet worden waren, wurde dem Antrag, die raugewiesenen Brüder ins Lokal zu rufen, vom Wahlvorstand stattgegeben. In der ersten Klasse wurden insgesamt 32 Stimmen abgegeben, wovon unser Kandidat 21 erhielt. In der zweiten Klasse siegte der Gegner mit acht gegen fünf Stimmen. In der ersten Abteilung kamen wir nicht in Betracht und wurde Schneidemeister Raute mit 2 Stimmen gewählt. In der zweiten Abteilung ging unser Kandidat nicht verloren, wenn unsere Wähler auf dem Posten waren. Die ganze Wahlhandlung glich eher einem Hummel, als dem, was sie sein sollte. Dem Wahlvorsteher wäre ein höflicher Ton garnicht schädlich.

Groß-Masschwitz. Aus der Gemeinde. Am 17. d. Mts. im Gasthause des Herrn Wittmer Gemeindevorsteheritzung. Da wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, wäre es zu wünschen, daß die Arbeiter von Groß-Masschwitz auch einmal hingehen möchten. Alle Gemeindeglieder haben Zutritt.

Schwobitz. Gemeindevorsteheritzung. Montag, den 16. März, nachmittags 6 Uhr, bei Gasde in Schwobitz-Gemeindevorsteheritzung. Jeder Gemeindeglieder hat Zutritt.

Schlesien und Posen.

Kattowitz, 16. März. Ueberfall. Ein etwa 17-jähriger Bursche überfiel in den Anlagen des Südparks eine junge Arbeiterin, um ihr Gewalt anzutun. Obgleich er sie mit einem Messer bedrohte, hatte die Ueberfallene den Mut, laut um Hilfe zu rufen. Passanten verfolgten den schlichen Missethater, nahmen ihn fest und übergaben ihn der Polizei. Es ist ein Gelegenheitsarbeiter Klau von der Feldstraße in Kattowitz. Dem Mädchen waren die Kleider geradezu vom Leibe gerissen.

• Tödtlicher Unglücksfall. ereignete sich Freitag vormittag in der Familie des Schneidmüllers Garbajewski von hier. Sein achtjähriger Knabe

Julius Berg fiel beim Wasserschlöpfen in die Dremung und ertrank, ehe Hilfe zur Stelle war. Die Leiche ist noch nicht geborgen.

• Bahrz, 18. März. Unfälle. Auf Graf Franz-Grube wurde der Häuer Franz Babilch aus Gaborz Poremba von herabfallenden Kohlen und Gesteinsmassen getroffen. Er erlitt über einer Kopfwunde Quetschung des Rückens und heftiger Unterkühlung. Ein zweiter Unfall ereignete sich auf der Wassengrube. Hier erlitt der Wagenführer Albert Babilch einen Beckenbruch. Die Verunfallten schen Ausnahme im Knappschaffszugarett Wieschowitz.

• Bobref, 18. März. Die Schlafstille des Armen. Neben dem Stüttengehäuse der Jullensstille wurde die Leiche eines etwa 35-jährigen Mannes gefunden. Er hatte sich unter einen warmen Schlackenwagen zur Ruhe gelegt. Beim Rangieren wurde ihm der Kopf zertrümmert. Die Leiche ist noch nicht relognosziert.

• Oppeln, 16. März. Tödtlicher Unglücksfall. Der Ranaier Herbst aus Gräfenort ist in Ausübung seines Dienstes auf dem Bahnhof Großschönitz von Buffern erfasst und zu Tode gequert worden. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau und drei Kinder.

Neueste Nachrichten.

Die Polendemonstration in der Kirche.

Berlin, 16. März. Die Zwischenfälle, die sich gestern morgen nach der Messe in der Pauluskirche ereigneten, sind, wie die Telegraphen-Union noch in später Abendstunde erzählt, nur von einem kleinen Teil der polnischen Gemeindeglieder inszeniert worden. Die Bewegung war seit langer Zeit vorbereitet worden. Ein Teil der polnischen Katholiken hatte sich geweigert, seine Kinder an dem deutschen Unterricht für die Kommunisten teilnehmen zu lassen. Nachdem man sich nicht einigen konnte, habe ein polnischer Arbeiter, der das Seminar besucht hatte, um Lehrer zu werden, den Kindern in polnischer Sprache den vorbereiteten Unterricht für die Kommunion erteilt, die nun mit ihren Eltern gestern morgen verlangten, zum Empfang der ersten Kommunion zugelassen zu werden. Dies mußte B. Jakobus verweigern, da die Kinder keinen ordnungsmäßigen geistlichen Unterricht erhalten hatten. B. Jakobus wandte sich, um sicher zu gehen, noch telephonisch an die kirchliche Delegation, die ihm die Erteilung der Kommunion an die Kinder aus den angeführten Motiven untersagte. Darauf kam es zu den bereits gemeldeten Zusammenstößen. Selbst die Anbrache eines polnischen Geistlichen, der den Vätern die kirchliche Entscheidung in polnischer Sprache mitteilte, konnte die Ruhe nicht wiederherstellen. Erst hierauf entschloß sich die Geistlichkeit der Pauluskirche, die Hilfe der Polizei in Anspruch zu nehmen. Die gestrige Abendandacht in der Pauluskirche nahm einen ungehörten Verlauf.

Hochwasser im bayerischen Donaugebiet.

München, 16. März. Aus dem ganzen bayerischen Donaugebiet kommen Hochwassernachrichten. Das Dorf Maria-Wosching ist überschwemmt. Zwischen Teggenhof und Klein-Pinzig fließen viele Ortschaften unter Wasser. Aus der Oberpfalz werden schwere Hochwasserbeschwerden gemeldet. Die Schwarzach ist über die Ufer getreten und hat weite Strecken überflutet.

Hier wird nicht gezahert!

Strasbourg i. E., 16. März. Die bayerische und die württembergische Heeresverwaltung lehnten — auch für das Reichsland — der von Frankreich gewünschten Erlass gemeinsamer Vorschriften über den militärischen Waffengebrauch ab, sofern nicht die süddeutschen Bestimmungen zugrundegelegt würden.

Der Räuber der „Monna Lisa“ irrsinnig!

Rom, 16. März. Nach einer Depesche der „Tribuna“ aus Florenz hat das Gericht den Professor Umaldi, den Direktor des Irenhauses von San Salvi, mit der Untersuchung des Geisteszustandes Perugia's, des Diebes der „Monna Lisa“, beauftragt. Infolgedessen wurde der Prozeß einweilen verlag.

Schwere Sabotageakte.

Berlin, 16. März. Der Direktor der Post und Telegraphen des Departements Morbihan hat bei der Polizeibehörde Klage über schwere Sabotageakte erhoben, die an den Telegraphenlinien des Departements vorgenommen wurden. Eine Reihe von Telegraphenleitungen wurden abgefaßt, Drähte zerschritten und so die telegraphischen Verbindungen gewaltsam unterbrochen.

Die Sturmflutkatastrophe in Südrussland.

Jekaterinodar, 15. März. Ueber das Hochwasserunglück am Freitag werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: In der Nacht zum Freitag herrschte heftiger Nordwind. Man vermutet, daß auf dem Asowschen Meere sich zwei Luftströmungen trafen, bei deren Zusammenstoßen sich mehrere Wasserhöfen bildeten, die sich der Ostsee näherten, das Ufer von Bisk überfluteten und sechs Dörfern fast zerstörten. 176 Arbeiter, die beim Aufbahrungsbau beschäftigt waren und in einer Parade schritten, stürzten auf einen Arbeiterzug. Ehe aber der Zug abfahren konnte, wurde er von dem anhängenden Wasser umgeworfen und die Arbeiter von den Fluten fortgerissen. Der Orkan wüthete zehn Stunden. Als das Wasser zurückwich, zeigte sich ein

furchtbares Zerstörungsbild.

Der Bahndamm bildete auf einer Strecke von acht Werst einen Trümmerhaufen von Schienen und Schwellen. Auf einer Lokomotive und einem Tender wurden erstarre Leichen gefunden in Lagen, die die furchtbaren Anstrengungen verraten, die die Unglücklichen gemacht hatten, um sich zu retten. Andere Orte, an denen das Wasser gewüthet, sind mit Trümmern von Wohnstätten und mit einer großen Zahl von Leichen bedeckt. 48 Menschen retteten sich wie durch ein Wunder auf schwimmenden Trümmern. An einer der helmgesuchten Stellen fanden 380 Arbeiterhäuser mit 1000 Bewohnern; wie viele davon umgekommen sind, ist noch unbekannt. Am Ufer wurden zahlreiche Leichen aufgefunden. Eine Anzahl begehrt Männer ist auf das Meer hinausgefahren, um vom Wasser fortzubringen, noch Lebende zu retten. Die Küste der Bucht wird von einer großen Menschenmenge mit Ungeduld erwartet.

Briefkasten.

A. B. Mein, den vollen Lohn haben. Sie während der Krankheit nicht zu verlangen. Da Sie nicht anhaben, welche Stellung Sie bekleiden, können wir Ihnen Näheres nicht sagen; auf die Kandidatur allein kommt es nicht an.
Rino D. P. 15. 1. Schreiben Sie an den Transportarbeiter-Verein in Breslau, wo die Kinnogestellten organisiert sind.
2. Ueber die Zahl der Beurlaubten, die ein Meister halten darf, bestehen keine gesetzlichen Vorschriften. Beschweren Sie sich beim zuständigen Magistrat oder bei der Landrathsammer in Breslau.

Versammlungen und Vereine.

Montag, den 16. März, abends 8 Uhr, hier: **Vollversammlung** in folgenden Lokalen: Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, Deutscher Krankenverein, Weidenstraße 10/52, Ballhof, Schlegelstraße 29, Wilhelmshöhe, Neubrückstraße 54.
Dienstag, den 17. März: **Vollversammlung** abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus

Preussisches Abgeordnetenh.

49. Sitzung. Sonnabend, den 14. März 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Echow.

Der Bergetat.

Knappschaftstragen und Arbeiterwohnungen.

Ein Zentrumsantrag wünscht Bauprämien und Baudarlehen für Arbeiter im ober-schlesischen Industriebezirk.

Abg. Gronowski (Zentr.): Während in den katholischen Krankenhäusern des rheinisch-westfälischen Industriebezirks die Verpflegung der Kranken nichts zu wünschen übrig läßt, herrschen in Knappschaftskrankenhäusern nach dem Ausschuss des „Vochumer Volksblattes“ geradezu „besjáhmende Zustände“.

Während der Rede des Abg. Gronowski werden die vom Abg. Hue (Soz.) gestellten auf den Tisch des Hauses niedergelegten

Photographien von Arbeiterwohnungen

durch zahlreiche Abgeordnete besichtigt. Abg. Delius (Vor.): Diese bedauerliche Verabfolgung der Krankenkassen im Saarrevier ist durch die katholischen Fachverbände herbeigeführt worden.

Abg. Hue (Soz.): Die Pensionen der Knappschaftskassen, die häufig nur 10 bis 15 Mk. pro Monat betragen, sind zum Vergleich zu viel, aber zum Leben unzureichend.

ober-schlesischen Knappschaften

ist zu vermeiden, denn er ist bei leichten Erkrankungen nicht am Plage und veranlaßt viele arme Arbeiter, sich lieber selbst auf eigene Kosten zu kurieren. Wir wünschen, daß den Patienten, die religiöse Bedürfnisse haben, keinerlei Schwierigkeiten bei deren Erfüllung gemacht werden.

Der Antrag richtet sich nicht gegen die Hausbesitzer, die durch die hohe Belastung des Bodens zu den hohen Mieten genötigt werden.

Oberbergshauptmann Belsen: Im Saarrevier wie in Oberschlesien hat der Fiskus Bergmannskolonien gebaut, aber die Bergleute in Oberschlesien wollen unsere Prämien zurück, da sie auf die Bedingungen, die wir stellen, nicht eingehen wollen.

Nach einer unwesentlichen Rede des Abg. v. Hassel (Konf.) spricht

Minister Dr. Echow: Der Widerstand der Arbeiter gegen die Behandlung in Krankenhäusern hat nachgelassen und zwar hauptsächlich deswegen, weil das Krankengeld nicht mehr auf die Hälfte reduziert wird.

Abg. Althoff (Nat.): Der Artikel des sozialdemokratischen „Vochumer Volksblattes“, auf den sich Abgeordneter Gronowski bezogen hat, ist längst demontiert.

Abg. Korjantj (Pole): Den Zentrumsantrag lehnen wir ab, denn die Arbeiter werden durch staatliche Wohnungen nur abhängig gemacht.

Abg. Gronowski (Zentr.): Warum hat denn der Vorstand des Knappschaftsvereins das „Vochumer Volksblatt“ nicht verklagt?

Die Besprechung schließt. Der Zentrumsantrag wird gegen Zentrum und Fortschrittler abgelehnt.

Abg. Brust (Zentr.) begründet einen Antrag, daß die Bergrevierbeamten ihren Amtssitz im Mittelpunkt der einzelnen Bergreviere haben sollen.

Oberbergshauptmann v. Belsen bittet um Ablehnung des Antrages in der vorliegenden Fassung.

Abg. Antonij (Zentr.) fragt über Fragestellung der Sicherheitsmänner und über die Auslieferung geheimer Berichte, die über die Tätigkeit der Sicherheitsmänner ungünstig ausfallen, an die holländische Regierung.

Abg. Korjantj (Pole) befragt den Zusammenhang zwischen niedrigen Löhnen und hoher Unfallgefahr in Oberschlesien.

Abg. Korjantj (Pole) mahnt den Redner mehrfach, nicht auf die bereits geschlossene Lohndebatte zurückzukommen. Bei einer solchen Mahnung schlägt Abgeordneter v. Pappenheim (Konf.) erregt auf den Tisch und nennt das Verhalten Korjantj's unerhört.

Abg. Korjantj

verhittelt sich die Annahme von Präsidienrechten

durch den Abgeordneten v. Pappenheim, der gar nichts dagegen einzuwenden habe, wenn Abgeordneter Dr. Hahn sich von der Sache entferne.

Abg. Hue (Soz.): Immer noch sind tausende Frauen im Bergbau beschäftigt, namentlich in Oberschlesien. Die weibliche Arbeit in Gruben müßte gesehlich verboten werden. Freilich nennt der Vertreter des Grafen v. Dönhofs in der Debatte diese Forderung „lässlich-sentimental“.

durch Stein- und Kohlenfall

und zwar gerade in Oberschlesien und im Ruhrgebiet, wo zu Tausenden ungelernete Ausländer beschäftigt werden. (Hört! hört! bei den Soz.) In Belgien und England sinkt die Todesziffer, bei uns bleibt sie mündelns gleich oder steigt sogar; freilich ist sie in Amerika am höchsten, weil dort das Kapital durch Gesetze noch weniger gemildert ist, als bei uns.

b. Soz.) Die Erhebungen der Berufsvereinigungen ergeben, daß die Unfälle durch Verschulden der Arbeiter zurückgehen. Wenn man sagt, daß die Unfälle nicht durch die Unfälle und Bergrevierbeamten zweifelslos diese Vorbildung und trotzdem steigen die Unfälle. Da bleibt als Ursache nur die Unterebene durch niedrige Gehälter und Prämienverlusten der Beamten übrig. Solange dieses System nicht verlassen und nicht mindestens seine Folgen durch Arbeiterkontrolleure abgeschwächt werden, gibt es keine wirksame Unfallverhütung.

Abg. v. Hassel (R.) bringt einige lokale Wünsche des Mansfelder Kreises vor.

Minister Echow verspricht Berücksichtigung.

Ein Regierungskommissar wendet sich gegen die Abg. Korjantj und Hue. Die jugendlichen Arbeiter in Oberschlesien würden nicht 12, sondern 9 Stunden beschäftigt. Die in Oberschlesien in steigendem Maße beschäftigten 14 bis 16 jährigen jungen Leute sind keine Kinder mehr. (Hört! hört! bei den Soz.) In England sind viel mehr jugendliche Arbeiter unter Tage beschäftigt, als bei uns; hierauf soll nach erfahrenen Männern die geringere Unfallzahl in England zurückzuführen sein.

Abg. Pasencleber (Nat.) befragt die Ausführenden und Zahlenangaben des Abg. Hue. Zwischen Prämienystem und Unfallgefahr besteht kein Zusammenhang, wohl aber zwischen ihr und der

Unvorsichtigkeit der Arbeiter.

Die Beschäftigung von Ausländern erhöht die Unfallgefahr nicht. Die Sozialdemokraten wollen nur die Sicherheitsmänner zu einer roten Salbe machen, um ihre Organisation zu stärken.

Abg. Hue (Soz.): Wissen Sie denn gar keine neuen Argumente? Ihre unachtsamen, parteipolitischen Äußerungen beweißen die Schwäche Ihrer Position. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Abg. Pasencleber (Nat.): Parteipolitisch ist es von der äußersten Linken, immer wieder die alten unüberlebten Behauptungen vorzubringen.

Abg. v. Pappenheim (Konf.) beantragt Schluß der Besprechung. (Abg. Adolf Hoffmann (Soz.): Der rettende Engel.) (Gr. Beifall.)

Für den Schlußantrag stimmen auch die Abg. Pasencleber und Reich-Polen (Nat.), die sich aber auf die Jurise der Soz. setzen.

Der Schlußantrag wird angenommen. Der Zentrumsantrag wegen der Revierbeamten wird abgelehnt.

Beim außerordentlichen Etat spricht Abg. Weinhansen (Sp.) über die Bernsteinwerte in Danzig, muß aber damit aufhören, weil es sich jetzt nur um das Betriebsgebäude handelt. Der Bergetat wird erledigt.

Montag 11 Uhr: Eisenbahnetat. Schluß gegen 1/2 11 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Mitgliederverlust

im christlichen Bergarbeiterverband.

Nach der Jahresrechnung, die der „Bergknappe“ veröffentlicht — über die Mitgliederzahlen erklärt die Öffentlichkeit wohlweislich nichts — hatte der Bergverein im Jahre 1912 rund 964314 Mt. Einnahmen. Im September erhöhten die Christlichen ihre Beiträge allgemein, so auch im Ruhrgebiet, wo zwei Drittel ihrer Mitglieder sitzen. Dort beträgt der Beitrag 70 Pfg. die Woche. Weiter wurde ein Wochenbeitrag von einer Mark eingeführt, der freiwillig geleistet werden konnte. Tugendmale berichtet der „Bergknappe“ schon, daß die Zahl derer, die den Markbeitrag leisten, immer mehr anwachse. Nehmen wir aber nur einen Durchschnittsbeitrag von 40 Pfg. die Woche an, das sind 20,80 Mt. im Jahre, so sehen wir, daß ganze 46 361 vollqualifizierte Mitglieder herauskommen. Rechnet man noch 20 Prozent Restanten hinzu, so sind es immer erst 55 633 Mitglieder. In der Nr. 14 vom 7. Juli 1913 des Zentralblattes wie auch im „Bergknappen“ vom 23. August 1913 wurde die Mitgliederzahl des christlichen Bergvereins der Bergarbeiter mit 83 583 im Jahre 1911 und mit 76 988 im Jahre 1912 angegeben. Legt man der Einnahme des Jahres 1913 eine Berechnung der Mitgliederzahl zugrunde, so ergibt sich, daß an nähernd 20 000 Mitglieder der christlichen Organisation bald gelagert haben müssen.

Positives Christentum und Gewerkschaftsorganisationen. Auf der großen Kundgebung der Kölner Richtung vom vorigen Sonntag in Köln hatte der zweite Hauptredner, Reichsamtalt

Aus aller Welt.

Furchtbares Unwetter in Südrussland.

200 Arbeiter ertrunken.

Die Küste des Asowschen Meeres in der Nähe des Kosakendorfes Achyrstaja im Gebiete des Kuban ist infolge eines Orkans durch eine Hochflut heimgesucht worden. Zweihundert am Ufer des Meeres schlafende Arbeiter wurden fortgespült; alle sind ertrunken. Die Flut überflutete viele Arbeiterunterkünfte. In der Stadt Zernjui wurde ein Zementdamm durch die Fluten zerstört. Ein großer Teil der Stadt steht unter Wasser; auch hier sind mehrere Personen umgekommen.

1000 Menschen umgekommen?

Weiter wird aus Selenitzk berichtet: Die Provinz Kuban ist von einem furchtbaren Orkan heimgesucht worden. Das Asowsche Meer rieg am 3. März aus überflutete die Orte Stanika und Achysjewskaja, wo mehr als 1000 Menschen ums Leben kamen. In Jufensstaja ertranken 150 Personen. Auf der am Schwarzen Meer entlang führenden Eisenbahn wurden Wagen und Lokomotiven durch die Fluten umgekehrt. In Achysjewskaja zerstörten 180 Gebäude ein.

Fünf Dörfer durch einen Orkan zerstört.

Im Dongebiet zerstörte ein Orkan fünf Dörfer. Acht Personen wurden getötet. Ebenso wurden in den Gouvernements Astrachan und Saratow große Verheerungen angerichtet. Mehrere Personen wurden verletzt.

Staubregen und Schneesturm.

Am Sonnabend um 1 Uhr nachmittags setzte in Wladikawkas ein dichter Nebel ein und ein aus Nordwest kommender Sturm führte große Staubmassen herbei, die die Stadt in Dunkel hüllten. Dann begann Schnee zu fallen, der den Nebel zerstreute. Der Telegraphenverkehr war unterbrochen.

In Groznij (Dagestani) brauste um 1 Uhr nachmittags ein Orkan über die Stadt dahin. Der Himmel war mit

rötlichen Wolken bedeckt und die zunehmende Finsternis erreichte einen Grad, der einer totalen Sonnenfinsternis gleichkam.

Diesel noch am Leben?

Die Münchener Abendzeitung“ gibt unter Vorbehalt die Sensationsnachricht wieder, wonach der auf seiner Englandfahrt verschundene Erfinder des Dieselmotors Diesel nicht tot sei, sondern sich eingekerkerten Briefen in Kanada sich eine neue Existenz gegründet haben soll. Nach Dielels rätselhaftem Verschwinden hatte es sich, wie erinnerlich, herausgestellt, daß seine Vermögensverhältnisse vollständig zerrüttet waren.

Eisenbahnkatastrophe in Neusüdwales.

Ein sehr schweres Eisenbahnunglück hat sich nach einer Meldung aus Temora in der Nacht zum Sonnabend auf der Eisenbahnstation Geter in Neusüdwales zugetragen. Im Nebel stieß ein einlaufender Postzug mit einer Lokomotive zusammen. Dreizehn Personen wurden getötet, drei schwer und zwölf weniger schwer verletzt. Ein Vater, der mit seinen Kindern die Leiche der Mutter begleitete, wurde mit seinen Töchtern auf der Stelle getötet, der Sohn wurde schrecklich verletzt.

In England ebenfalls Unwetter.

Aus ganz England und Irland werden schwere Stürme und Regengüsse gemeldet, die an vielen Stellen Ueberschwemmungen zur Folge hatten und beträchtlichen Schaden anrichteten. Bei Polynah erreichte der Sturm eine Geschwindigkeit von 77 Meilen in der Stunde. Die Schiffsahrt hat ganz erhebliche Verzögerungen erlitten, man befürchtet sogar, daß bald Meldungen von Schiffskatastrophen eintröfen werden. Der Dampfer „Andania“ der Cunard-Linie, der aus Boston in Queenstown eintraf, mußte eine zeitlang im inneren Hafen warten, und als es sich dann doch als unmöglich herausstellte, bei dem hohen Seegang die Passagiere an Land zu legen, dampfte er nach Liverpool weiter. Der amerikanische Dampfer „Danaford“, der in Queenstown vormittags fällig war, ist erst spät am Nachmittag im Hafen eingetroffen.

Der Polizeinippel für Arbeitlose.

Kapitän White, der Sohn des berühmten Verteidigers von Lady Smith im Burenkrieges Feldmarschall Sir John White, hat mit hervorragenden Londoner Bürgern eine Versammlung veranstaltet, um Mittel und Wege zu finden, den noch immer sehr zahlreich Ausgeworrenen die notwendige Beschäftigung zu verschaffen. White schlug vor, die Versammelten sollten sich nach der Bürgermeisterei begeben, um vom Stadtoberhaupt um Hilfe der Not zu verlanen. 250 Personen folgten der Aufforderung. Auf dem Wege dorthin suchte Kapitän White einen Postwagen, der in den Zug hineinfuhr, aufzuhalten. Die Polizei mischte sich ein und schlug mit ihren Knütteln auf die Leute ein. Blutüberströmt und bewußtlos wurde Kapitän White zur Polizeiwache gebracht, wo man ihn festhielt.

Man sieht, die Polizei bleibt sich überall gleich. Das liegt nun einmal in ihrem Wesen.

Sechs Arbeiter bei Sprengarbeiten verunglückt.

In einem Steinbruch bei Gudensberg (Kassel) hat sich am Sonnabend früh ein schweres Unglück ereignet. Durch vorzeitiges Losgehen eines Sprenghusses wurden sechs Arbeiter so schwer verletzt, daß ihre Lebensfähigkeit ins Kasseler Krankenhaus erfolgen mußte. Drei der Arbeiter haben so schwere Verletzungen erlitten, daß sie kaum mit dem Leben davonkommen dürften.

Schreckenstaten im Bahnhin.

Die preussische Grenzstation Illoro bei Königsberg i. Pr. war der Schauplatz einer blutigen Szene, bei der nicht weniger als sieben Personen der Kontrollstation von einem wahninnigen Messerhelden gestochen wurden. Ein russischer Auswanderer, der mit einem Bureaubeamten sprach, zog plötzlich sein Taschenmesser und schloß blüdings um sich. Drei Polizeibeamte verletzten er schwer, drei weitere und eine Frau leichter. Ein russischer Gendarm machte den Wahninnigen durch mehrere Säbelhiebe kampfunfähig. Der Täter wurde gefesselt und nach dem Soldaten Gefängnis transportiert, wo er sich in der Nacht erhängte.

Ein leuchtendes Beispiel. Unseren Reaktionen, denen ja von jeder Richtung als unerwünschtes Vorbild gilt, wird es von ganz besonderem Interesse sein zu hören, wie man im

Chardengs, über den Charakter der christlichen Gewerkschaften u. a. gesagt, daß diese sowohl Katholiken wie Protestanten aufnehmen; Voraussetzung sei nur positives Christentum und nationale deutsche Gesinnung.

Gegen diese Ehrennung des christlichen Werbegelbiets wendet sich der christliche „Verglupp“ in seiner jüngsten Nummer. Er schreibt:

„Von den christlichen Gewerkschaften ist nie von den Aufzunehmenden ein Bekenntnis zum positiven Christentum verlangt worden. Es ist das ja auch in einer wissenschaftlichen Berufsorganisation gar nicht möglich. Ausdrücklich wurde beim Neutralkitätsstreik im Jahre 1901 mit großer Mehrheit die „positive christliche“ Richtung abgelehnt. Das könnte doch die Redaktion der „Kölnischen Volkszeitung“ wissen und in diesem Punkte vorerwähnte Forderungen gleich berücksichtigen.“

Diese ausbrecherische Bestätigung, daß man sich nicht nur auf positive Christen beschränken wolle, wird man für künstliche Forderungen halten müssen; bei anderen Gelegenheiten pflegen sich die christlichen Gewerkschaften wieder als oberste Säule der politischen Gläubigkeit auszuspielen. Bemerkenswert ist auch der gereizte Ton, den das christliche Gewerkschaftsblatt gegen die „Kölnische Volkszeitung“ anschlägt; einige Bemerkungen über „Entgegnungen“ im christlichen Lager, die das Kölner Blatt vor einiger Zeit in verschämter Form veröffentlichte, haben dort arg verchnupft.

Stadt und Provinz.

Die Kellner im „Goldenen Fessler“ auf der Schmiedebühlde regten gestern Abend wegen Streitigkeiten mit der Firma die Arbeit nieder. Es handelt sich um vier christliche und einen frelorganisierten Kellner. Der Ausstand dauert fort. Zugang ist fernzuhalten.

Deutsches Reich und Ausland.

Krankentassenwahlen. Zum zweiten Male wurden die Wahlen der Arbeitervertreter zum Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Waagen für ungültig erklärt. Diesmal genügte dem Versicherungsamt in Waagen ein Formfehler. Es muß nunmehr zum dritten Male gewählt werden.

Auch die Wahlenwahlen bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Schirgiswalde werden demnächst zum dritten Male erfolgen müssen. Gegen die erste Wahl hatten die christlichen nationalen Schieber Protest eingelegt. Das Versicherungsamt wehnt diesem Protest. Gegen die zweite Wahl haben die wahren Gewerkschaften wohlgegründeten Protest eingelegt.

Die Krankenversicherung in Baden. Im Jahre 1911 zählten in den 409 Gemeindekrankenkassen mit circa 180 000 Versicherten, 147 Ortskrankenkassen mit 275 000 Mitgliedern, 308 Betriebskrankenkassen mit 150 000 und fünf Baukrankenkassen mit 1100 Mitgliedern. Noch einige kleinere Kassen wurden gezählt. Ingesamt waren vorhanden 1910 Versicherungseinerichtungen mit rund 677 300 Mitgliedern. Nach Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung wurden gezählt: 88 allgemeine Ortskrankenkassen mit 419 000 Versicherten, 9 bei Ortskassen mit 31 350, 261 Betriebskassen mit 153 000 und 19 Innungskassen mit 9600 Mitgliedern, insgesamt 376 Kassen mit 613 250 Versicherten. Die geringe Zahl der neu hinzugekommenen Versicherten ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Arbeiter bisher schon versichert waren. Auch die Hausgewerbetreibenden waren in sieben Bezirken bisher schon statutarisch der Versicherungspflicht unterworfen.

Sieg der Pariser Postbeamten in ihrem Lokalkampf. Die Forderungen der Post- und Telegraphenbeamten des Pariser Hauptpostamtes, die kürzlich ihrem Mißvergnügen über die schlechte Bezahlung in lärmenden Kundgebungen auf dem Ulnite Luft machten, sind nun doch bewilligt worden. Zu den bereits für das Jahr 1913 bewilligten 6 Millionen Franc für die Postbeamten werden am 1. Juli und 1. Dezember d. Js. je weitere 6 Millionen treten.

Das gemeinsame Komitee der englischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaften beschloß, zum 6. April einen außerordentlichen Kongress einzuberufen, um Maßnahmen zum Schutze der südafrikanischen Deportierten zu treffen. Von syndikalistischer Seite wird der Generalkongress für die Boykott aller Waren aus Südafrika verlangt; aber solche Vorschläge dürften wenig Anhang finden, da sie der Sache voraussichtlich mehr schaden, wie nützen würden. Dagegen ist es wahrscheinlich, daß der Kongress der Arbeiterpartei, sowie der Vorsitzende des Gewerkschaftskongresses, die Abgeordneten Macdonald und A. Seddon, als die Vertreter der englischen Arbeiterpartei nach Südafrika gesandt werden, um der dortigen Regierung persönlich den Protest der Organisations- zu überbringen und zugleich der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung dort unten nach Kräften beizuspringen. Auch die englischen Verbände der Bergarbeiter und

Jahresende die militärische Erziehung betreibt. Die „Rigaer Rundschau“ teilt aus einem Instruktionsleitfaden für die russische Armee einige Musterfragen und -antworten mit, die herabgesehen von einem preussischen Kasernenhose stammen könnten und von denen wir ein paar nach dem „Freien Volk“ zitieren wollen. Da liest man:

„Was ist die Hauptaufgabe der russischen Armee?“ — „Für eine unerschütterliche Festhaltung über die Fahne werde ich ihm auf der Stelle die Fahne einhängen und darauf mich bemühen, ihn zu verhaften und zum Vorgetriebenen zu bringen.“

Aber auch auf dem Gebiete der allgemeinen Staatspolitik werden die Rekruten in leicht faßlicher und ansprechender Weise unterrichtet. So heißt es unter anderem von der Volksvertretung:

„Warum wurde die erste Reichsдума auseinandergejagt?“ — „Weil ihre Mitglieder Dummköpfe, Schaffie und Aufrührer waren: sie stellten den Kaiserlichen Hof in Jammer. Im Bekande dieser Duma waren viele Juden.“

Ja selbst in die Anfangsgründe der schwierigen Agrarfragen werden die Vaterlandsverleider in volkstümlicher Weise eingeschleift:

„Gibt es viel Land in Rußland?“ — „Es gibt sehr viel Land; bedauernd mehr als nötig. Aber es gibt wenig gute Leute, die es zu bearbeiten verstehen.“ — „Was wirst du mit dem machen, der sagt, daß unsere Bauern wenig Land haben?“ — „Ich werde ihm in die Freie schlagen.“

Auch in Preußen fühlen sich ja, wie das Beispiel des kommandierenden Generals in Königsberg beweist, die höheren Militärbehörden zur Lösung der schwierigsten aller künftigen Fragen, der Senats, berufen, um so leichter dürfte das russische Beispiel bei uns Nachahmung finden. Unsere Agrarier werden gewiß damit einverstanden sein, und Anruen-Derteil wird an dem kavalen Tone dieser Instruktionen keine helle Freude haben.

Bräutigam Verlobung zwischen Nauen und Windhal. Die Geographie Nauen, der es erst in verflorenem Monat geblüht ist, über die Wasser des Atlantik hinweg mit New York in drabliosen Verkehr zu treten, hat einen neuen Erfolg erzielt. Sie hat am Sonnabend eine Verbindung mit dem 9750 Kilometer entfernten Windhal (Südpazifik) erzielt und damit über Land eine erheblich größere Entfernung als die Strecke Nauen-New York überbrückt.

Erfinders im Zeitalter des Kapitalismus. Dreizehn Jahre nach dem Tode des Erfinders hat nun in New York der Richter Hazel das Urteil in dem berühmten Prozess des

der Eisenbahner planen, Geld und Organisations ihren Verbänden in Südafrika zur Verfügung zu stellen, weil dort die meisten lebenden Besorner der Gewerkschaften noch immer im Gefängnis oder ausgezehrt sind.

Die Bergarbeiter, von denen 10000 streiken, hielten drei große Versammlungen ab. In Rothenham wurden Resolutionen angenommen, die beschiedigt davon Kenntnis nehmen, daß auf den Gruben in Yorkshire in der nächsten Woche Forderungen überreicht werden sollen, in denen ein Lohnminimum verlangt und der Entschluß ausgedrückt wird, fest zu bleiben, bis der Sieg gesichert ist.

Schlesien und Posen.

Brig, 14. März. „Wo bleiben die Rechte der Frauen?“ Ueber dieses Thema sprach Genosse Regina Huben-Berlin vor einem dicht besetzten Saal der Frauen und Mädchen. In ihrem zweistündigen Vortrag erklärte die Rednerin die Entwicklung unserer heutigen Klassenlaates und gelieferte die Befragung der schwarzblauen Mehrheit. Sie besuchte ferner das Glend der Frauen in der Fahrt und zu Hause, die Schule wie sie ist und wie sie sein sollte. Mit der Aufforderung, sich gewerkschaftlich sowie politisch zu organisieren und die Parteipresse zu lesen, schloß die Rednerin ihren mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag. Genosse Frachin wies auf den Wert der gewerkschaftlichen sowie politischen Organisation zum Kampfe gegen die Unterdrücker hin. 25 neue Mitglieder für die Partei waren der Erfolg der Frauen-Versammlung.

Brig, 16. März. Eine schwere Gasexplosion hat sich am Abend vormittag gegen 10 Uhr im Stadtbrauerei-Restaurant ereignet. In dem nach dem Garten zu gelegenen Billardzimmer, das aus zwei Abteilungen besteht, hatte man Gasgeruch wahrgenommen, aber nicht weiter Gewicht darauf gelegt. Der Kellnerlehrling war aber, ohne beauftragt zu sein, auf eine Leiter gestiegen, um nachzusehen, wo das Gas ausströmte. Trotz der so oft ausgesprochenen Warnung entzündete er ein Streichholz und sofort erfolgte eine heftige Explosion. Die Folgen waren recht schwere. Der Lehrling wurde zur Erde geschleudert und mußte blutend und bewußtlos in die Krankenanstalt geschafft werden. Drei eiserne Träger wurden durch die Gewalt der Explosion auseinander gerissen. Vom Ziegelwerk flogen einzelne Stücke bis in den Buffetraum, wobei auch der Oberkellner verletzt wurde. Das Zimmer bot ein Bild der Zerstörung. Die Zieretümmen lagen überall herum, hatten aber auch viel Schaden an den Möbeln, Bildern usw. angerichtet. Auch das Billardtuch war an mehreren Stellen angerissen. Der Gesamtschaden dürfte sich auf etwa tausend Mark belaufen.

Brig, 16. März. Ein peinlicher Vorfall hat sich, wie die „Briegler Zeitung“ berichtet, Freitag früh in der Nähe des Bahnhofs ereignet. Ein dort beschäftigter Steinseher von auswärts war plötzlich bei seiner Arbeit wie vom Schlage getroffen worden und lag bewußtlos auf dem Plaster. Alle Vermutungen, ihn zu helfen, waren vergebens. Man versuchte, einen Arzt zur Stelle zu bringen, aber mehrere, bei denen man anfragte, waren beschäftigt. Einer schickte die Anweisung, den Kranken ins Krankenhaus zu schaffen. Da erab sich eine neue Schwierigkeit. Es fand sich kein Droschkenschwager, der die Fahrt unternehmen wollte; die Gründe waren verschieden. Und so lag der arme Mann lange Zeit hilflos im Freien, bis sich dann doch nach langem Warten ein Kutscher fand, der ihn ins Krankenhaus fuhr. Das Blatt weist darauf hin, daß man sich in solchen Fällen immer an die Unfallhilfsstellen und an die Unfallstation der Genossenschaft freiwilliger Krankenwärter erinnern soll, die in uneigennützigster Weise bereit ist, in solchen Fällen unverzüglich einzugreifen. Im übrigen aber findet es kein Wort des Tadelns. Es handelte sich ja nur um einen Arbeiter.

Reise, 16. März. Das Ergebnis der kriegsgerichtlichen Untersuchung des Ueberfalles, den die Burken des Generalmajors Boek am 24. Februar auf den General verübten, wird jetzt bekanntgegeben. Nach dieser Darstellung hatte der General den Burken, die sich in der Sonntagnacht „umhergetrieben“ hatten, am Montag ihre Abberufung von ihren Posten und ihre Vertrasung angekündigt. Da sie sich am Dienstag früh nicht rechtzeitig bei dem General meldeten

Hannibal Goodwin gegen die Eastman-Kodak-Gesellschaft gefaßt. Der Rechtsstreit befaßt die Ausübung des Patents zur Herstellung photographischer Filme, und Goodwin, der Erfinder des Verfahrens, hatte gegen die Eastman-Kodak-Gesellschaft den Vorwurf erhoben, daß man ihn um seine Ansprüche als Erfinder und Inhaber des Patents gebracht habe. Er starb in New York, indes die Gewinne der Eastman-Kodak-Gesellschaft auf Grund des künftigen Patents ungezählte Millionen erreichten; die niedrigsten Schätzungen berechnen die Gewinne auf 20, andere auf 100 Millionen Mark. Nun hat das Gericht entschieden, daß Goodwin zweifellos als der Erfinder anzusehen ist und daß seine Erben Anspruch auf die Gewinne haben, die durch die Ausübung des Patents in die Taschen der Unternehmer geflossen sind. Wenn nicht die letzte Instanz das Urteil aufhebt, werden die Witwe und die Kinder Goodwins, die in Brooklyn leben, Lantimeansprüche für die ganze Zeit, während der die Kodak-Gesellschaft das Patent benutzt hat, erhalten. Ihr Anspruch wird von den Sachverständigen auf viele Millionen geschätzt.

Größter in Münster von Neuf. Ein gewaltiges Schadenfeuer, das durch Kurzschluß in den frühen Morgenstunden des Sonnabends ausbrach, hat das Münster der rheinischen Stadt Neuf heimgeführt. Die Feuerwehre konnte gegen den Brand, der um 8 Uhr im Osturm ausbrach, zunächst nur wenig ausrichten; die Dampfsprühre war gerade in Reparatur und konnte nicht benutzt werden. Ein energischer Angriff auf das Feuer war erst nach dem Eintreffen der Düsseldorfser Feuerwehre möglich, die gegen 7 1/2 Uhr erschien. Zuversichtlich hatte auch das Dach des Mittelstückes der Kirche Feuer gefangen, das aber bald erfolgreich bekämpft werden konnte. Gegen 8 Uhr stürzte der schwere Glockenturm unter großem Getöse zusammen; nach kurzer Zeit folgte dann das Glockengebäl. Den Bemühungen der vereinigten Feuerwehre, auch die Kölner Berufswehre beteiligte sich an den Löscharbeiten, ist es gelungen, das kostbare Mittelstück des Münsters mit seinen wertvollen Goldschmiedereien, das schon Feuer gefangen hatte, zu retten. Die sehr wertvolle Orgel wurde bei dem Brande vernichtet. Der Schaden wird auf 200 000 Mk. geschätzt.

Es ist das dritte Mal, daß die Kirche, die 1209 erbaut wurde, unter einer Feuersbrunst zu leiden hat. 1496 wurde der Turm des Münsters von einem Blitzschlag getroffen und niedergelagt. 1741 wurde das ganze Dach der Kirche vom Feuer vernichtet.

25 Jahre seit dem Schiffungslad von Apia. Am 16. März jährte sich zum fünfundsingzigsten Male ein Unglückstag der deutschen Marine. Am genannten Tage des Jahres 1889 wurden vor Apia, dem Hauptort der Samoa-Gruppe, in einem Orkan zwei deutsche Kriegsschiffe vernichtet, wobei neun Offiziere und neunzig Mann zu Grunde gingen.

jet der General in die Burkenkubs gegangen. Die Burken hatten noch geschlafen und auf Anruf nicht geantwortet. Da auf habe der General, um sie zu wecken, mit „etwa Wasser aus einer Trinkkaraffe bespritzt“ und sei dabei von den Burken von hinten überfallen und niedergeschlagen worden. Die Burken hätten sich dann in aller Eile angekleidet und seien entflohen. Tags darauf wurden die Leichen, wie mitgeteilt, auf dem Bahngleis gefunden. — Eine andere Darstellung haben wir nach dem Tode der beiden Burken tatsächlich nicht erwartet.

Raugenbieten, 16. März. Neueinteilung des Ortes. Seit einiger Zeit wird eine Neueinteilung des Ortes nach Straßen und Hausnummern geplant, die an der bisherigen Dreieinteilung und Nummerierung der Grundstücke nach Bezirken treten soll. Die Kosten für die erforderlichen 100 Straßenschilder, die sich auf ca. 400 Mk. belaufen werden von der Gemeinde übernommen werden, während die Kosten der 800 Hausnummer-Tafeln (je 50 Pf.) von den Grundstücksbesitzern getragen werden sollen (hoffentlich ohne Erhöhung der Mieten). Das Bedürfnis nach einer andern Einteilung des Ortes besteht schon seit längerer Zeit, da die jetzige Einteilung den Einheimischen und Fremden die Zurechtfinden in dem großen Orte ungemün erleichtert.

Steinseifen im Riesengebirge, 16. März. Gemeindevertreterwahl. Trotz aller Gegenarbeit gelang es uns, die ganze 8. Klasse zu erobern. Es erhielten unsere Genossen Klose und Ende 45 bzw. 44 Stimmen, während die Gegenparteien nur 30 und 31 Stimmen aufbrachten.

Bauhaus, 16. März. Wie es gemacht wird. In November v. J. waren bei der Wahl der Stadtverordneten die sozialdemokratischen Kandidaten in der dritten Abteilung gewählt worden. Diese Wahlen wurden bekanntlich von bürgerlicher Seite angefochten, die Stadtverordnetenversammlung erklärte den Protest für begründet und die Wahl für ungültig. Am 19. Februar wurden in der neuen Wahl die bürgerlichen Kandidaten gewählt. Gegen die Gültigkeit dieser Wahlen vertritt sich die sozialdemokratische Seite Protest erhoben worden. In der am Freitag abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten wurden die vorgebrachten Einwände als gesandstandslos bezeichnet und die Gültigkeit der Wahlen ausgesprochen.

Wenn an Stelle der bürgerlichen Sozialdemokraten gewählt worden wären wie bei der ersten Wahl, dann hätten die Protestgründe zur Ungültigkeitserklärung natürlich vollausgenügt.

Glogau, 16. März. Eine öffentliche Volksversammlung, die hier am Sonntag Mittag stattfand, bildete hier den wirksamen Abschluß der roten Woche. Redner war Genosse Darf aus Breslau. Der Erfolg befaßt in acht neuen Parteimitgliedern und drei Volkswachposten. Ingesamt sind hier in der roten Woche mehr als dreißig neue Parteimitglieder gewonnen worden und einige kommen wohl in den nächsten Tagen noch hinzu. In Zerbau sollte Genosse Darf am Nachmittag in einer Versammlung unter freiem Himmel sprechen. Der Ortsgeistliche jechte aber den weiblichen Angehörigen des Besitzers berast mit Tod und Hölle zu, daß der Mann, um Ruhe zu haben, schließlich seine Zulage zur Vergabe seiner Grundstücke zurückgab. Unserer Partei wird der Geistliche aber kaum etwas geschadet haben, denn der Zweck der Versammlung wird nun durch eine fleißige Hausagitation in Zerbau zu erreichen versucht werden. Und der Diener des Herrn wird dann sehen, was sein Tun gefruchtet hat.

Glogau, 14. März. Aus dem Stadtparlament. In der letzten Sitzung sagte der 80-jährige Dr. Gabriel dem Magistrat wieder einmal derbe Wahrheiten. Besonders hielt er ihm vor, daß eine ganze Reihe von Projekten geführt wird, ohne daß die Stadtverordneten davon verständigt werden. Von zehn Projekten hat Glogau sechs verloren, von denen allein zwei an 60 000 Mark gekostet haben. Und dabei liegt Glogau über schlechte finanzielle Verhältnisse! Dr. Gabriel wandte sich auch gegen den Umbau des Rathauses, die Schaffung der Feuerwehredepot, ebenso gegen die Anstellung einer juristischen Hilfskraft beim Magistrat. Wenn der Bürgermeister Jahr noch so viel Zeit hat, sich außer seinen Arbeiten noch der Feuerwehr, der Straßenreinigung und dem Armenwesen zu widmen, dann kann es mit der Leberanstrengung nicht weit her sein. Der Oberbürgermeister möge weniger oft nach Berlin zum Herrenhaute reisen, dann würde die geforderte Hilfskraft zu umgehen sein. In der geringen finanziellen Unterstützung der neuen Oberbürkedurch die Staat und die Provinz trägt die Stadtverwaltung auch die Schuld; durch die Abflutung des Krüdenjolls verliert Glogau trotz des Verkaufs derselben an den Kreis jährlich 6000 Mark uhr. Die Entgegung des Oberbürgermeisters war ebenfalls scharf, er wies mit Entschiedenheit die Angriffe Gabriel zurück, und bezeichnete dessen Standpunkt als abgestorben. Bei der weiteren Beratung des Etats kam Dr. Gabriel auch auf die Einstellung von galizischen Arbeitern im Stadtfors zu sprechen. Diese wären nicht billiger als die einheimischen. Jeder Arbeiter erhält 80 Pfennig Tageslohn, 1 Mark mindestens betragen täglich die geleisteten Lebensmittel, Dazu kommen Vermittlungsgebühren und Reisepesen, die Instandhaltung und Errichtung der Wellblechbrücken. Der Eisenhändler Stadtrat Bauh, der Degernent der Forstverwaltung ist, behauptet, daß (trotz der Arbeitslosigkeit, D. Schr.) Arbeitskräfte für den Stadtfors nicht zu haben seien. Müßen denn 82 200 Mark Ueberchuß aus der Verwaltung herausgerichtet werden, wenn ein großer Teil dieser Arbeiter am Sonntag nach Nagt. Hat der Herr Bauh es schon versucht, aus den Arbeitslosen der Stadt Glogau eine Kolonie für den Forst zusammenzubringen? Nein! Bei der Erhöhung des Wasserpreises von 18 auf 20 Pfennig gab es laute Klagen unter den stadtoäterlichen Hausbesitzern. Gerade ausgerechnet bei der Straßeneinigung wurden 2700 Mark gestrichen. Die Stadtverordneten genehmigten die Teilung der untersten Klasse der Mädchen-Mittelschule und die Errichtung einer dritten neuen Vorsschule bei der Realschule und dazu die geforderten 8480 Mark Kosten.

Zerbau, 16. März. Die rote Woche. In unseren industriearmen Städten letzte die rote Woche mit gutem Erfolg ein. Schon am vorigen Sonntag konnten wir eine Anzahl neuer Parteimitglieder und Volkswachposten verzeichnen. Der 15. März aber brachte uns den Hauptesfolg; über 40 Abonnenten für unsere Volkswoche wurden gewonnen und auch die Frauenversammlung am Freitag, in der Frau Sawatsch über: „Wo bleiben die Rechte für uns Frauen“ referierte, zeigte davon, daß sich die Frauen zu rühren beginnen. Die Versammlung war leider nur schwach besucht, es waren trotzdem etwa 80 bis 100 Frauen anwesend, die den Ausführungen der Referentin mit Aufmerksamkeit folgten. Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Wie stellen sich unsere Frauen zu den gegenwärtig hohen Fleischpreisen in Zerbau?“ löste eine ziemlich lebhafte Aussprache aus. Bekanntgegeben wurde, daß das Gewerkschaftsblatt in einem Schreiben an die Fleischertinnung dahin vorstellig wurde, die Fleischpreise in Betracht der gefundenen Preise für lebendes Vieh herabzulassen. Wenn uns auch die Innung einer Antwort nicht für würdig hielt, können wir doch konstatieren, daß vom Sonnabend, den 14. März ab, die Fleischpreise (auf unsere Veranstaltung) um 10 Pf. pro Pfund gesunken sind.

Wächten die Arbeiter heraus lernen, daß nicht christliche Vereine und nicht von der Kangel empfohlene Fachabteilungen die Arbeiterchaft aus den Fesseln des Kapitalismus befreien können, sondern einzig und allein die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie es sind, die unentwegt für Arbeiter-Interessen arbeiten. Deshalb Arbeiter, ans Große, Ganze istkleit euch an.

Genossen! Agitiert überall für die Arbeiterpresse!